

danziger

Bundes 90 Zeitung

Westpreußisches Volksblatt

JAHRE

Danziger Volksblatt

Bezugspreis: Durch Ausläger oder Zweigstellen monatlich 250 Pg., durch die Post im Deutschen und Deutschland 300 Pg., nach Pommernellen durch Träger 4,00 durch Post 4,25 Pfennige, nach Polen nur unter Kreisland 8,25 Pfennige 0,15 Pg., bzw. 0,25 Pg. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsförderung oder Streit hat der Bezieher oder Abnehmer keinen Auftrag auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückabholung, falls die Zeitung in bedrängtem Umfang verpaßt oder nicht erscheint. Unverlangte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeliefert.

**Anzeiger für den freistaat Danzig
Pommernellen und die östlichen Gebiete**

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatlänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“.

Anzeigepreise und -bedingungen: Die einschlägige Millimeterseite (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenfeld 10 Pg., im Reklamefeld (32 mm breit) 50 Pg. Auslandspreise, Belagen und Rabatte nach Tarif. Nur amtliche Anzeigen kein Rabatt. Plakate und Terminvorrichtungen sowie telefonische Bekanntnisse und Abschreibungen sind ohne jede Berücksichtigung. Für Fehler infolge unzureichender Planung oder falscher Aufstellung keine Gewähr. Bei verspäteter Zahlung Kontrollen, Vergleichen und gerütteln. Beiträge kein Rabatt. Gerichtshand für beide Teile Danzigs.

Niedrige Kampfmethoden gegen die Danziger Regierung

Um das Verbot der „Neuesten“ — Unehrliche Berichterstattung — Die wahren Gründe des Verbots werden der deutschen Öffentlichkeit verschwiegen — Schmähungen des Senats durch den „Vorstand der Danziger Presse“.

Wir haben am Sonnabend das Verbot der „Danziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlicht und auch gleichzeitig aus dem Artikel des Herrn Dr. Rauchting die Stellen wiedergegeben, die zu dem Verbot geführt haben. Wir haben bei anderen Gelegenheiten bereits wiederholt betont, daß wir grundsätzlich für Presse- und Meinungsfreiheit eintraten und daß wir dementsprechend eine Kritik und feste andersgerichtete Meinungsäußerung unterbinden würden — wie es in gewissen Staaten der Fall ist — ablehnen, weil sie für den Staat und das Volk selbst verhängnisvoll werden müssen, verhängnisvoll auch für die Regierenden selbst.

Pressefreiheit steht aber voraus, daß sich die Leiter der Presse auch ihrer Verantwortung voll bewußt sind, daß sie auch der Grenzen bewußt sind, innerhalb welcher sich eine Kritik zu halten hat. Wird diese Grenze — die durchaus nicht eng gezogen werden soll — überschritten, so ist es nicht nur Recht, sondern Pflicht der Regierung durchzugreifen, denn keine Regierung kann und darf dulden, daß sie in unerhörter Weise beschimpft, ja daß ihr Landesverrat zum Vorwurf gemacht wird.

Dies aber ist durch den Artikel des Herrn Dr. Rauchting in der Freitag-Ausgabe der „Neuesten“, für den diese volle Verantwortung trägt, geschehen, und so war es unbedingt Pflicht des Senats, hier durchzugreifen. Welche Wege er wählt, ist seine Sache, soweit sie sich im Rahmen der Gesetze bewegen. Das Recht des Verbotes, zu dem er gegriffen hat, besteht gemäß den Danziger Gesetzen zweifellos. Man

kann gewiß verschiedener Meinung sein, ob es zweckmäßig war, das Verbot gleich auf einen Monat auszusprechen. Doch muß man bedenken, daß der Senat das Recht hat, das Verbot zu verkürzen, da an ihn ja der Rekurs gegeben ist. Und wir weigen zu der Auffassung, daß der Senat von diesem Recht in gewissem Umfang Gebrauch machen würde.

Inzwischen aber sind Dinge eingetreten, die immerhin eine neue schwere Belastung bedeuten, wenn sie nicht gar den Senat zum direkten Eingreifen bestimmen. Von Danzig aus bereitet sich nämlich eine gewisse Hebe gegen den Senat in Deutschland aus, und es sind dort ernste die allerschwersten Vorwürfe und Anschuldigungen gegen den Senat erhoben worden. Zwei Tatsachen sind zu verzehren:

Der Text des Verbotes enthält in seiner Begründung nicht im einzelnen die beantworteten Stellen, sondern er begnügt sich mit allgemeinen Hinweisen. Das ist ein beharrlicher Mangel, denn dadurch wurde der Verdrehung — obwohl die Dinge für jeden objektiven Menschen ganz klar liegen — Tür und Tor geöffnet, und diese Verdrehung, durch die die Danziger Regierung ins Unrecht gesetzt und der einseitigen Parteipolitik beschuldigt wird, ist nun auch tatsächlich eingetreten. Das Conti-Büro, ein Ableger des halbamtlichen deutschen Wossischen Telegraphenbüros, verbreitet von Danzig aus über die Grinde des Verbotes folgende Meldung:

Das Verbot ist erfolgt aufgrund der Veröffentlichung einer Proklamation des nationalsozialistischen Landesführers Dr. Rauchting an das Bauernamt in den „Danziger Neuesten Nachrichten“. Dr. Rauchting erklärt in der Proklamation u. a., daß er als Vorsitzender des Danziger Landbundes und Landesführers jeder heute noch hinter der deutschnationalen Partei und Front schwarz-weiß-rot in Danzig — wohlgemert in Danzig — stehenden Angehörigen des Bauernamtes als des Standes unmöglich und zum Marxismus gehörig behandeln und nicht in Vertrauensposten der Landwirtschaft dulden werde. Er fordere alle Mitglieder des Landbundes, alle Bauern auf, Schritte zu unternehmen, um Angehörige obiger Partei, die nicht bereit sind, sofort aus ihr auszutreten, aus ihren Vertrauensposten und Ämtern auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise baldmöglichst zu entfernen. Dies gelte insbesondere für Genossenschaften und Vertrauensmänner der Kreisverbände. Das Bauernamt hat, so heißt es dann zum Schluf, neben dem Arbeitern den Kampf um das neue Deutschland entschieden. Wir haben den Marxismus niedergeworfen. Wir verbitten es uns, daß vor verantwortungs- und gewissenlosen Kämpfern sterbender Parteien der Marxismus noch einmal wiederlebt wird. Unser Kampf gilt, allem Haß im In- und Auslande zum Trotz, dem neuen ersten deutschen Danzig.

Diese verdecktlichte „Begründung“ ist eine ganz offensichtliche und bewußte Irreführung der gesamten deutschen Öffentlichkeit, denn es sind hier gerade aus dem beantworteten Artikel alle jene wenigen gegebenen worden, in denen eine schwere Verdächtigung der Danziger Regierung bzw. einzelner Persönlichkeiten der Regierung liegt und die zu dem Verbot geführt haben. Die Berichterstattung nach Deutschland hat folgende entscheidende Sätze unterstrichen:

„Dieser „autoritäre“ Senat hat . . . aber mit offensichtlichem Beihagen, die staatsverräterische Agitation der Gewerkschaften und der „Bolschewinstrom“ und jetzt auch den Ausgang dieses (deutschnationalen D. Schriftst. Blattes) Blattes geduldet. Die Verantwortlichen dieses Senats, die zugleich die „Führer“ und „Staatsmänner“ der Partei sind, die Herren Ziehm und Hinz, sind damit den Weg bis zu Ende geschritten; sie haben offen vor aller Welt Partei für den Marxismus ergripen. Sie haben . . . den äußersten Feinden Danzigs Waffen in die Hand geliefert . . . Dieser Akt schließt die Urheber und Mitschuldigen aus der Front der nationalen Erhebung Danzigs endgültig aus.“

Das ist denn doch etwas wesentlich anderes als das, was man die deutsche Öffentlichkeit über das Verbot wissen läßt. Uns scheint, daß der Senat gut tue, auf dem schnellsten Wege dem Conti-Dienst die tatsächlichen Gründe für das Verbot zur Veröffentlichung zu übergeben, damit in Deutschland keine falschen Vorstellungen entstehen. — Im übrigen erlauben wir uns nur die heilsame Frage: Was würde in Deutschland einer Zeitung und dem Verantwortlichen geschehen, die etwas Derartiges der Regierung zu sagen wagen.

Ein Zweites ist geschehen: Der bereits genannte Conti-Dienst verbreitet folgende Nachricht:

ENR. Danzig, 20. Mai. Der Verband Danziger Presse hat folgendes Protesttelegramm an den Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Berlin, Dr. Dietrich, gesandt:

„Der Senat der Freien Stadt Danzig hat heute mit sofortiger Wirkung die „Danziger Neuesten Nachrichten“

für einen Monat verboten wegen der wörtlichen Veröffentlichung einer Proklamation des nationalsozialistischen Danziger Landesführers an das Bauernamt. Die durch nichts gerechtfertigte Dauer dieses Verbots beweist, daß es sich nicht um Abwendung eines nach Ansicht der Regierung vorliegenden Verstoßes gegen das Pressegesetz handelt, sondern um einen parteipolitischen Willkür, durch den das Blatt bestraft werden soll für sein Eintreten für die nationalsozialistische Bewegung. Die Ungerechtigkeit dieser Maßnahme wird umso deutlicher, wenn man sich erinnert, daß die sozialdemokratische Danziger „Bolschewinstrom“ wegen offensiver landesverräterischer Haltung zum Generalstreik nur auf drei Tage von der Regierung verboten worden ist. Der Vorstand des Verbandes der Danziger Presse erhebt gegen dieses Verbot schärfsten Protest und bittet den Vorstand des Reichsverbandes, seinen

moralischen Einfluß in gleichem Sinne zur Geltung zu bringen.“

Wir müssen schon sagen: Auch das ist ein unerhört starkes Stütz, auch hier werden gegen den Danziger Senat die allerschwersten Vorwürfe erhoben. Er wird der parteipolitischen Willkür beschuldigt, ja es wird ihm sogar indirekt Landesverrat zum Vorwurf gemacht, weil er angeblich das landesverräterische Treiben der „Bolschewinstrom“ nicht unterbindet. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen die Verunglimpfung der Danziger Regierung durch den Vorstand des Verbandes Danziger Presse und gegen die einseitig parteipolitische Einflussnahme der Danziger Regierung durch den Vorstand des Verbandes der Danziger Presse erheben.

Gegen die einseitig einseitige und unmaßhaftige Behauptungen

Senatspräsident Dr. Ziehm

Die Grundsätze der Danziger Regierungspolitik

Rundfunkrede des Präsidenten des Senats vom Sonnabend.

Gegen die leidige Regierung, an deren Spitze zu stehen ich mir zur Ehre anrechne, wird der Wahlkampf von den Hauptvertretern derjenigen Partei, welche selbst die ausschließliche Machtergreifung für sich ersteht, mit einer Verherrnung geführt, die eine Gefahr für den Staat bedeutet, wenn die Regierung nicht die staatlichen Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung, wo es nötig ist, mit aller Stärke einsetzt.

Die Regierung hat allen Parteien zur Darlegung ihrer politischen Grundsätze und Ziele, zur Aufklärung der Wähler bisher in weitestem Umfang volle Freiheit gelassen. Sie ist hierbei bis an die älteste Grenze gegangen. Ich weiß, daß in der Höhe des Wahlkampfes nicht jedes Wort abgewogen wird wie in normalen Zeiten. Jeder kennt das Sprichwort, daß niemals so viel gelogen wird, wie vor der Wahl, im Kriege und nach der Jagd.

Es ist aber Pflicht der Regierung, dort halt zu gebieten, wo die Anregung der Massen zur Zersetzung des Staatsgefüges, zur Zersetzung der staatlichen Macht führen muß.

In solchem Falle ist die Regierung gezwungen, einzuschreiten. Eine Regierung soll freie Kritik aufzuhalten; eine Regierung, die offene und ehrliche Kritik unterdrückt, nimmt selbst Schaden und führt dadurch auch dem Staat Schaden zu. Die leidige Regierung hat allezeit, und insbesondere auch im jetzigen Wahlkampf, hierin die größte Freiheit gelassen; aber eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Staat und Volk bewußt ist, darf dulden,

die völlig zerstörten Finanzen von Staat und Gemeinden Ordnung hineinzubringen. Es besteht die Gefahr, daß die Massen geschlossen und die Zahlungen eingestellt werden müssen. Es besteht die Gefahr, daß den Beamten ihre Gehälter, den Angestellten und Arbeitern ihre Löhne und den Gewerkschaften und Fürsorgeberechtigten ihre Bezüge nicht mehr gezahlt werden können. Die Regierung hat damals in den kritischen Tagen der ersten Woche ihres Amtes mit schnellem Entschluß und nach schierer bis in die Nächte gehenden Verhandlungen im Parlament die Gefahren gebannt. Sie hat ferner in unermüdlicher Kleinarbeit erreicht, daß durch starke Senkung der Ausgaben in dem staatlichen Haushalt und in dem Haushalt der Gemeinden ein Ausgleich und so eine Ordnung der öffentlichen Finanzen erfolgt ist.

Das war auch die Voraussetzung für

die Erhaltung unserer Währung; in dem kritischen und bedrohlichen Moment. Als die englische Währung, mit der die Danziger Währung bis dahin in engem Zusammenhang stand, ihre Goldparität aufgab, und die Gefahr einer neuen Inflation für Danzig drohte, ist es gelungen, in schnellem Handeln die Danziger Währung von dem englischen Pfund zu lösen und dem Danziger Gulden seinen vollen Wert zu erhalten. Diese Maßnahme unseres kleinen Staates hat in einer Zeit, in der um uns herum die Währungssysteme wanken, im Auslande berechtigtes Aufsehen erweckt und das Vertrauen zur Danziger Währung und zu den Danziger Finanzen gestärkt. Insbesondere auch von dem Volksmund, dessen Schutz Danzig unterstellt ist, ist diese Maßnahme ebenso wie auch diejenige der Sanierung der Finanzen voll gewürdig und anerkannt worden.

Nächst einer gesunden Finanzverwaltung ist die Erhaltung von Ruhe und Ordnung im Staat eine der wichtigsten Grundlagen für eine gesunde Staatsführung. Die Regierung hat unter den schwierigsten Verhältnissen in einer Zeit, wo in einem großen Teile der Welt Unruhen und Wirren herrschten, wo die politische Erregung zu den schwersten Ausschreitungen führte, im Gebiete unseres Staates die Sicherheit und Ordnung stets aufrecht erhalten. Sie hat sich Vollmachten geben lassen, die sie instand gesetzt, verschärfte Maßnahmen zu treffen, um in jedem Augenblick Störungen sofort im Keime zu unterdrücken, ruhrende öffentliche Ansammlungen unverzüglich zu zerstreuen und Versammlungen und Aufzüge, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in sich bergen, zu verbieten. Die Regierung hat von diesen Vollmachten ohne Eingehrigkeit aber entschieden den Gebrauch gemacht, der im Interesse des Staates notwendig war. Sie hat insbesondere durch strenge Anordnungen für die uniformierten Parteivverbände das Auftreten und die Tätigkeit dieser Verbände in Bahnen gelegt, welche etwaige durch solche Organisationen für den Staat entstehende Gefahren ausschließen.

Die Regierung hat es ferner als ihre Aufgabe betrachtet, der bürgerlichen Wirtschaft auf allen Gebieten, dem Handel, dem Handwerk, der Industrie und nicht zuletzt der Landwirtschaft, sowohl es in ihren Kräften stand, Hilfe anzubieten zu lassen. Die Ursachen der Wirtschaftskrisis ganz zu beheben, war der Regierung um so weniger möglich, als die Ursachen zum größten Teil, wie insbesondere auf dem Gebiete der Handels- und Polizeipolitik, außerhalb des Machteinflusses der Regierung lagen und als die allgemeine Wirtschaftslage in allen Ländern, insbesondere in den uns benachbarten Staaten, der Republik Polen und dem Deutschen Reich, von denen wir wirtschaftlich abhängen, während der ganzen Zeit von einer bisher in der Welt nicht gesehenen schweren Krise betroffen waren, die ihre Wirkungen natürlich auch auf Danzig erstickten mußte.

Als die Regierung vor 2½ Jahren ihre Geschäfte übernahm, war ihre vordeutschste Aufgabe, in großen Zügen darzulegen, welches

Die Richtlinien der Politik der Regierung

gewesen sind, und welche Richtlinien jede Regierung befolgen muß, wenn sie ihr Amt zum Wohle von Staat und Volk führt.

Als die Regierung vor 2½ Jahren ihre Geschäfte übernahm, war ihre vordeutschste Aufgabe, in großen

Die neue Haltung Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz

Meinungsverschiedenheiten im französischen Kabinett

WTB. Paris, 21. Mai. Der "Populaire" will wissen, daß es im Verlauf des gestrigen Kabinettsrates zu einer scharfen Aussprache über Frankreichs Haltung auf der Abrüstungskonferenz gekommen sei. Außenminister Paul Boncour habe die Ansicht vertreten, die Regierung müsse dem Macdonaldschen Abrüstungsplan zustimmen unter der Bedingung allerdings, daß ein internationales Rüstungskomitee geschaffen werde.

Luftfahrtminister Cot habe die These des Außenministers unterstützt, Marineminister Leygues ihn jedoch energisch widerprochen, wobei er die Mehrheit der Regierungsmitglieder zunächst auf seiner Seite hatte. Auschlaggebend sei dann aber die Ansicht des Ministerpräsidenten und Kriegsministers Daladier gewesen. Daladier habe eine Vergleichsform vorgeschlagen. Danach solle die französische Regierung durch Außenminister Paul Boncour in Genf erklären lassen, daß sie grundsätzlich dem englischen Abrüstungsplan zustimmen jedoch nur unter zwei Bedingungen:

1. der Schaffung einer internationalen Rüstungskontrolle und zweitens der Durchführung der Abrüstung in Stufen.

Wenn eine Einigung erzielt werde, würde sich die französische Regierung verpflichten, bereits jetzt alle neuen Waffen bei den Rüstungen zu Lände, zu Wasser und in der Luft einzustellen. Das bedeutet Verkürzung der Rüstungen. Außerdem wolle die französische Regierung verlangen, daß eine Frist für die Schaffung der internationalen Kontrolle festgesetzt werde. Die französische Regierung habe beschlossen, daß sie, wenn diese Kontrolle beschlossen sei, das Verbot der Offensivwaffen annehmen werde. Frankreich werde dann ebenso wie die anderen Nationen bereit sein, alle Offensivwaffen zu zerstören oder zu internationalisieren.

Diese Beschlüsse seien vom gestrigen Kabinettsrat trotz des Widerstandes des Marineministers Leygues angenommen worden und Außenminister Paul Boncour habe sich bereit erklärt, sie auf der Abrüstungskonferenz zu vertreten.

Ziel einer Machtentfaltung des polnischen Staates untergeordnet bleiben und entsprechend den jeweiligen Erfordernissen dieser Machtentfaltung immer wieder durch neue aus der Staatsraison fließende Leitsätze ersezt werden.

Bezeichnend für das Verhältnis zwischen dem Pilsudismus und der polnischen katholischen Geistlichkeit ist die von der Jugendlegion angenommene Entschließung, die eine Befreiung der Jugend von dem politischen Einfluss des Clerus als einen der ersten Schritte zur staatspolitischen Erziehung fordert. Eine weitere Entschließung der Posener Tagung spricht sich für die Erhaltung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht aus. Die Jugendlegion erkennt das Recht der nationalen Minderheiten auf ein eigenes Schulwesen an, fordert aber dessen Durchdringung mit dem polnischen Staatsgedanken.

Die Aufführung Hippel

Hoftbefehle gegen Graf Eulenburg und Hinz aufgehoben.

Königsberg. Von der Justizpressestelle wird mitgeteilt: In der Strafsache gegen v. Hippel und Genossen wegen Untreue hat der Strafenant des Ober-

Landesgerichts in Königsberg Pr. auf die Beschwerde der Beschuldigten Grafen zu Eulenburg-Prassen und Dr. Hinz durch Beschluss vom 20. 5. 1933 die Hoftbefehle der S. Strafkammer des Landgerichts in Königsberg Pr. gegen diese Beschuldigten aufgehoben, weil nach Auffassung des Senats nach der jetzigen Aftenslage der Tatverdacht gegen diese Beschuldigten nicht dringend sei.

Der Sonderuntersuchungskommissar wird in dieser Sache in den nächsten Tagen gegen den General-Landschaftsdirektor v. Hippel sowie den Grafen zu Eulenburg-Prassen, den Landschaftsdirektor Uhse und den Ersten General-Landschaftsyndikus Hinz Anklage wegen Untreue erheben, so daß die Entscheidung nun mehr dem Urteil des erkennenden Gerichts vorbehalten bleibt.

Gleichzeitig wird auch Anklage aus einem größeren Komplex der gegen v. Hippel und Genossen gerichteten Beschuldigungen erhoben werden.

Die gegen den Beschuldigten von Hippel in mehreren Sachen ergangenen Hoftbefehle bleiben weiter bestehen.

U. S. A. warnt vor Optimismus

London. Neuer meldet aus Washington: Unterstaatssekretär Moley riette in einer Rundfunkansprache die Warnung an die Welt,

nicht zuviel von der bevorstehenden Wirtschaftskonferenz zu erwarten.

Gerner empfahl er eine gewisse Vorsicht gegenüber einer schnellen Rückkehr zu einem internationalen Währungsstandard, da dieses Problem eine innere Angelegenheit der einzelnen Länder berührte. Moley erwartete von der Weltwirtschaftskonferenz nicht die Aufstellung eines Plans für eine Reihe internationaler Maßnahmen zur Beendigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, doch lagte er voraus, daß die Konferenz zu einer

engen Zusammenarbeit der Zentralbanken in der Währungspolitik führen würde, die durch eine Abstimmung der Regierungshäuser und eine allmähliche Aufhebung der Devisenzwangswirtschaft ergänzt werden könnte. Moley versicherte zum Schluß, Roosevelt und die amerikanische Regierung seien der Auffassung,

dass die Ariegschuldenfrage nicht durch allgemeine Verhandlungen geregelt werden kann,

vielmehr müsse eine Regelung dieser Frage mit jedem einzelnen Land in besonderen Beratungen gefunden werden.

Moley wies besonders darauf hin, daß die Mittelmittel für die gegenwärtige Krise bei den einzelnen Völkern selbst liege und daß jede Nation zunächst ihr eigenes Haus in Ordnung bringen müsse. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, daß der Außenhandel für die Vereinigten Staaten nur einen kleinen Prozentsatz ihres gesamten Handels ausmache. Immerhin könne eine vernünftige internationale Zusammenarbeit bedeutend zu einer dauernden Besserung beitragen. Ein energetischer Angriff auf die Handelschranken würde große Schwierigkeiten bereiten, wie überhaupt die Befestigung der Handelsvereinbarungen den Tadel der Beratungen der Weltwirtschaftskonferenz darstellen würde. Moley hob hervor, die Wirtschaftsbesprechungen in Washington hätten ergeben, daß das für die Konferenz ernste Problem die Furcht und die Ungewissheit seien, die die Regierungen mit einer "herzerreißenden Bürde" der Unzufriedenheit belasteten.

Moley bezeichnete zum Schluß die Frage der Silberwährung als eines der bedeutendsten Probleme, nicht so sehr wegen der Wiederherstellung des Silbers als Währungsmittel selbst, sondern wegen der Schwierigkeiten der Verbesserung des Silberpreises zu einer Höhe, die es den afrikanischen und südamerikanischen Ländern ermöglichen würde, wieder amerikanische Waren zu kaufen.

Schlimme Zustände in der russischen Landmaschinenversorgung

Wie es in einer Landmaschinenfabrik aussieht.

O. G. Moskau, 20. Mai. Die Sowjetpresse äußert zunehmende Besorgnis um die Landmaschinenversorgung der Landwirtschaft in diesem Jahr. Die Produktion von Landmaschinen bleibt recht erheblich hinter dem Bedarf zurück. Mit großer Ernsthaftigkeit veröffentlichten die Moskauer Zeitungen in diesem Zusammenhang einen Bericht über die unerhörten Zustände auf der Landmaschinenfabrik "Domunar" in Saporosje (Sowjetukraine): auf dem Fabrikhof und auf den benachbarten Straßen liegen Hunderte von Maschinen, die von der Fabrik im vorigen Jahr und im 1. Quartal 1933 gebaut wurden. Am 12. Mai zählte man auf der Fabrik 1847 Dreschmaschinen, die wegen fehlender Teile nicht betriebsfähig sind. Auch die von der Fabrikleitung als betriebsfertig bezeichneten Maschinen befinden sich in einem unmöglichen Zustand. 1607 von ihnen, die angeblich betriebsfähig sein sollen, stellen nur "Gericpe" dar, bei denen die wesentlichen Maschinenteile fehlen; keine einzige kann ohne grundlegende Instandsetzung in Betrieb genommen werden. Die auf den benachbarten Straßen herumliegenden Dreschmaschinen werden nicht bewacht; sodoch sie immer wieder auseinandergenommen oder gestohlen werden. Die Betriebsleitung hat sogar, um neue Maschinen betriebsfähig zu machen, viele, die im vorigen Jahr und im 1. Quartal d. J. gebaut wurden, ihrer wesentlichsten Teile beraubt, wobei die meisten völlig zerstört worden sind.

300 Personen unter Beschuldigung des Buchers verhaftet

WTB. München, 20. Mai. In den letzten Tagen haben verschiedene Geschäftsinhaber bei Gegenständen des täglichen Bedarfs ungerechtfertigte Preiserhöhungen vorgenommen. Die Staatsregierung hat in den letzten Tagen daraufhin an die Oeffentlichkeit nachdrücklich Warnungen ergehen lassen.

Im Laufe des Sonnabends wurden in einer Reihe von Geschäften, die Überpreise für ihre Waren verlangt hatten, Schauprozesse zugegriffen. Die Polizei erschien in einer großen Anzahl von Lebensmittelgeschäften und nahm etwa 300 Personen fest. Unter den Festgenommenen befanden sich etwa 100 Frauen. Die Festgenommenen wurden in Autos zum Polizeigebäude gebracht. Die bestandenen Geschäfte wurden geschlossen und mit einem Plakat folgenden Inhalts versehen: "Geschäft wegen Preiswerten politisch geschlossen. Geschäftsinhaber in Dachau in Schutzhaft. Die Frauen sind in das Strafvollstreckungsgesängnis Stahlschloss gebracht worden."

Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Keiner darf fehlen bei der Abrechnung am 28. Mai!

Jeder Danziger wählt Zentrum, Liste 4

Die Partei der Verantwortung!

Neues aus aller Welt

Brand der Bartensteiner Mühlenwerke.

WTB. Bartenstein (Ostpreußen), 21. Mai. In den Mühlenwerken von Meyer entstand heute vormittags ein Brand, der sich in ganz kurzer Zeit zum verheerenden Großfeuer auswuchs. Ein Mühlenspeicher mit 4000 Zentner Mehl und Kleie wurde vernichtet, ein Silo mit 20.000 Zentner Roggen durch Feuer und Wasser schwer mitgenommen. Außerdem hatten einige Nebengebäude Feuer gefangen. Sie konnten jedoch von der Feuerwehr gehalten werden.

Vater mit drei Kindern in den Tod gegangen.

WTB. Swinemünde, 21. Mai. Eine furchtbare Schreckensstat ereignete sich am Sonntagnachmittag am Strand von Swinemünde. Der seit längerer Zeit nervenkrank Hafenbauangestellte Emil Heuer hatte ein Ruderboot gemietet und fuhr mit seinen drei Kindern auf die Ostsee hinaus. In einiger Entfernung warf er die beiden Mädchen im Alter von neun und sieben Jahren und seinen fünfundzehnjährigen Knaben über Bord und sprang selbst hinterher. Alle vier sind ertrunken.

Eine Villa beraubt und in Brand gestellt.

WTB. Darmstadt, 20. Mai. Aus einer Villa in Oberbach wurden in der vergangenen Nacht kostbare Gobelins im Gesamtwert von 100.000 Mark gestohlen. Die Täter, die offenbar Kenntnis hatten, daß der Besitzer der Villa zurzeit auf Reisen ist, raubten auch noch andere Gegenstände und stießen danach das Gebäude in Brand.

Ein deutsches Alpinist tot aufgefunden.

WTB. Innsbruck, 21. Mai. Der Landgerichtsreferendar Dr. Georg Kohl aus Bradenfelde in Württemberg hatte am 8. Mai eine Tour auf die Zugspitze unternommen, von der er nicht wieder zurückgekehrt war. Die Suche nach dem Vermissten führte am Sonnabend zur Auffindung der Leiche zwischen dem Schneefernerhaus und dem Eingangsstollen zur österreichischen Zugspitzbahn. Offenbar wurde Dr. Kohl auf dem Wege zum Gipfel von einem Herzschlag getroffen. Durch die zwischen eingetretenen Schneefälle war die Leiche über zwei Meter tief eingeschneit.

Blutiger Zwischenfall auf dem Dnestr.

Budapest, 20. Mai. Nach einer Meldung des Pester Lloyd aus Budapest spielte sich heute auf dem Dnestr, dem Grenzfluß zwischen der russischen Ukraine und Rumänien-

Bessarabien, ein blutiger Zwischenfall ab. Zwölf Ukrainer wollten in einem Rahmen von russischem auf rumänisches Gebiet flüchten. Während der Überfahrt bemerkte die russische Grenzwache den Fluchtversuch und schoß hinter dem Boot her. Vier Insassen wurden getötet und drei schwerverletzt.

Zugüberfall in Spanien.

WTB. Barcelona, 20. Mai. Auf einen Eisenbahngang unweit der Station Magoria, kurz vor einem Tunnel, ist ein Zug überfallen und verloren. Vier Personen haben mit vorgeholtener Revolvern dem Zugführer 50.000 Peseten, die für Lohnzahlungen bestimmt waren, entzogen und sind, nachdem sie die Notbremse gezogen hatten, entkommen. Das Zugpersonal suchte die Räuber zu verfolgen und gab einige Schüsse ab, durch die ein Reisender getötet und zwei verletzt wurden.

Tödlicher Unglücksfall.

Schwed. Der sich auf der Heimfahrt befindliche Johann Gorni aus Danziger wurde zwischen Bromberg und Crone, während er neben dem Fuhrwerk ging, von dem ebenfalls von Bromberg kommenden Personenauto des Fahrrahnbüros Gurski aus Crone überfahren, wobei ihm die Stirnplatte eingedrückt, der Brustkasten gequetscht und ein Arm gebrochen wurde. Der Schwerverletzte wurde sofort ins Bromberger Krankenhaus geschafft, wo er nach wenigen Stunden seinen Geist aufgab. Eine polizeiliche Untersuchung in der Schuldfrage ist eingeleitet worden.

Der erste nasse Monat in New York

3 Millionen Dollar Biersteuer.

WTB. New York, 20. Mai. Während des ersten Monats nach Freigabe des Starkbieres und des 3,2 prozentigen Weines sind in der Stadt New York bereits Sternen und Lizenzgebühren in Höhe von 3 Millionen Dollar in die Säcke der Stadt, des Staates und der Regierung geflossen.

Die Bundesregierung bekommt von diesen Einnahmen den Löwenanteil, nämlich schätzungsweise zwei Millionen Dollar.

Die Freigabe des Starkbieres hat zur Folge gehabt, daß Millionen Dollar von Hotels, Restaurants und anderen Betrieben für Verbesserungen und neue Einrichtungen ausgegeben wurden. Das städtische Gesundheitsamt gab hier bisher 28.496 Lizzen zum Bierausschank aus.

Nicht durch SENSATION

sondern durch Zuverlässigkeit und Richtigkeit in der Berichterstattung, durch maßgebliche und klare Stellungnahme zu den politischen Geschehnissen und kulturellen Aufgaben dient unsere Zeitung den Lesern ohne Rücksicht auf materielle Vorteile. Wer über Wirtschaft und Politik, über Ereignisse in nah und fern sachlich unterrichtet sein will, wer einen einwandfreien unterhaltenden und belehrenden Teil liebt, wie ihn unsere zahlreichen Beiträge bieten, der liest die Danziger Landes-Zeitung.

zuverlässigkeit, um Zucht, Ordnung und den schulwigen Gehor-
sam vor der Staatsautorität zu sichern.

Der Aushöhlung der Volksschule

durch die weiterführenden Bildungsanstalten entgegenzuwirken, entsprach den Grundsätzen einer gesunden Schulpolitik. Die von uns angeordnete Verhärting der Bestimmungen über die Auslese der mittleren und höheren Lehranstalten soll Eltern, Lehrer und Schüler zur Bezeichnung über die Ziele höherer Schulbildung mahnen. Die Rückführung der Mädchenerziehung auf die fraulichen Pflichtenkreise ist von uns als eine Aufgabe erkannt worden, deren Erfüllung ein Gebot der Stunde ist. Die Gründung einer Frauenoberrealschule mag als ein Zeichen für künftige und schulpolitische Maßnahmen ähnlicher Art gewertet werden.

Im Hinblick auf unsere nationalen Aufgaben und auch auf die Eigenart der Jugend galt unsere besondere Aufmerksamkeit der verstärkten Pflege der Leibesübungen. Mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes konnte eine Reihe von neuen Spiel- und Sportplätzen hergestellt werden. Die Schaffung weiterer neuer Spielgelegenheiten ist im Gange.

Auf dem Bischofsberg ist ein Wehrsportlager entstanden.

Im Zusammenhang mit der Gründung von Arbeitslagern steht die körperliche und seelische Erziehung der Schulentlassenen Jugend, die in Erwerbslosigkeit und Entfernung von der Arbeit zu verkommen drohte. Das Danziger Jugendnotwelt soll die fittlichen Kräfte in ihr wieder wenden, die nur durch Arbeit aus ihrem Schlummer emporgerissen werden können. Alle Bestrebungen, die eine Abkehr von verderblichen Ein-

flüssen der vergangenen Zeit bedeuten, haben unsere Unterstützung gefunden.

Sittlichkeit und Religion sind die höchsten Ausdrucksformen einer Kulturgemeinschaft. Als unsere höchste Aufgabe haben wir es daher angesehen, die Reinheit der Sitten und die Erfahrung vor Gott zu hüten und zu schützen. Vor den schlimmsten Auswüchsen der Propaganda für Gottlosenbewegung haben wir Danzig zu bewahren gewußt. Wo sich Vertreter dieser zerlegenden Geistesrichtung in die Öffentlichkeit wagten, wurde mit der gebotenen Energie zurückgeschlagen. Auf den Wert der religiösen Erziehung unserer Jugend habe ich aus tiefer Überzeugung immer wieder die Lehrer aller Schulen hingerissen. Dieser Wille des leichten Senats, den nationalen und religiösen Werten in der Volkerziehung zum Durchbruch zu verhelfen, muß auch von seinen Gegnern anerkannt werden.

Ich bin der Überzeugung, daß gerade in politisch bewegten Zeiten die Aufrechterhaltung deutscher Kultur hier nur gewahrt bleibt, wenn der Wille zur Volkgemeinschaft sich mit christlicher Nächtheit und dem Sinn zur

Gerechtigkeit für alle Volksgenossen verbindet.

Deutsche Kulturpolitik im schwer bedrohten Danzig muß immer das Ziel verfolgen, alle Schichten der Bevölkerung mit Stolz auf ihr Deutschtum zu erschüttern, und in ihnen allen das Verständnis für die Schicksalsverbundenheit aller Deutschen und die daraus erwachsenden gegenseitigen Pflichten zu vertiefen und zu verbreiten. Möge die Danziger Bevölkerung diese Ziele auch in dieser politisch bewegten Wahlzeit nicht vergessen.

Der Markt im Zeichen des Spargels

Großer Betrieb auf dem Gemüsemarkt — Ungemein billige Eier — Auswahlreicher Blumenmarkt — Flaute auf dem Fischmarkt

Auf dem letzten Sonnabend-Wochenmarkt herrschte zeitweilig ein gerade so geängstigender Betrieb. Die oft wie Badel mit allerlei leckeren eßbaren und riechbaren Dingen beladenen Haushälter und Schöninnen drängelten sich — oft mit bewundernswertem Geschicklichkeit — durch die Reihen der hochbepackten Gemüse-, Fleisch- und Blumenstände. Das schöne warme, sonnige Wetter trug viel mit dazu bei, daß die Geldbörsen ein gut Teil ruher als sonst in Aktion traten.

Spargel, Spinat und Rhabarber beherrschten uneingeschränkt den Gemüsemarkt. Spargel kostete je nach Qualität und Größe 50 bis 70 Pf. das Pfund, Suppenspargel konnte man bereits für 20—30 Pf. ersteilen. Spinat kostete durchweg 10 Pf. das Pfund, ebenso Rhabarber. Sehr viel Anklang fand auch der Salat, der Kopf kostete je nach Größe 8—15 Pf. Die Gurken waren im Verhältnis zur Frühe der Jahreszeit nicht teuer, man konnte das Pfund für 50 Pf. haben. Teurer waren noch Blumenkohl, für den man pro Kopf 0,80—1,00 Gulden zahlen müßte. Die Fleischer, in der Halle hatten sehr schönes Kalbfleisch, das wie die anderen Fleischarten im Preise unverändert war.

Auf dem Fischmarkt war reichlich mit Tauben, die 50—60 Pf. das Stück kosteten und Suppenküchern beobachtet, für die man je nach Größe 1,40—2,20 Gulden zahlen mußte. Die Fleischer, in der Halle hatten sehr schönes Kalbfleisch, das wie die anderen Fleischarten im Preise unverändert war.

Auf dem Fischmarkt war sehr gering. In der Hauptzache gab es Flundern für 30 Pf., das Pfund und Pomfret drei Pfund für 1 Gulden. Hier und da sah man einige Hechte, die 70 Pf. das Pfund kosteten. Für lebendeale und Schleie mußte man 60—80 Pf. das Pfund zahlen. Die Räucherwaren händler boten den Bund für 10 Pf. haben, sie wurden gern und viel gekauft. Rote Rüben (Rote Beeten) kosteten ebenfalls nur 10 Pf. das Pfund. Von den Winterblütlern fehlt man hier und da an den Ständen nur noch Weißkohl, den man mit 20 Pf. pro Pfund bezahlen mußte. Eine Delikatesse waren noch die Tomaten, die nicht weniger als 2 Gulden das Pfund kosteten.

Der Blumenmarkt hatte ein buntes, frühlingssätziges Aussehen. Junges Birken- und Buchengrün nahm jedes Jahr in ihrer Heimat mit Marzißen, Tulpen, Nelken, Bergkirschenblüten, Himmelschlüsseln und erster Blüte zierten die Tische der Blumenhändler.

Was trennt uns vom Nationalsozialismus?

Zentrumsversammlung im Bezirk IV St. Nikolai.

Freitag sprach im Lokal Augsburg, Gr. Schwabengasse, in einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der Volksabgeordnete Schulrat Weiß über die Frage: "Was trennt uns vom Nationalsozialismus?" Die Nationalsozialisten haben vor, nicht eine Partei zu sein, sondern eine Volksbewegung, ja noch mehr eine Weltanschauung. Damit stimme aber nicht zusammen, daß sie sich selbst offiziell Partei nennen und jeder einzelne dieser Partei nenne sich "NS". Das soll doch schließlich Parteidienst heißen. Es ist eine nicht mehr zu überbietende Unserheitlichkeit. Nationalsozialismus und Deutsch gleichzusetzen. Solche Behauptungen seien eine Beliedigung derjenigen deutschen Männer und Frauen, die Deutschland und Danzig vertheidigten und retteten, als es noch keine Nationalsozialisten gab, jener Männer und Frauen, die den Trümmerungspartei erst recht müßte der Nationalsozialismus vom Haufen von 1918 abgetragen haben. Als Weltanschauung abgelehnt werden; denn Christus der Stifter des Christentums habe befohlen: Gebet hin und Lehre alle Völker; das Christentum sei also eine Weltreligion und nicht eine vornahmlich deutsche. Trotzdem sei jeder Zentrumsmann national zuverlässig, er opferte sein Leben gerne und freudig für sein Vaterland und harre auch dann aus, wenn andere fluchtartig die bedrohten Gebiete verlassen. Durch reichen, stürmischen Beifall dankten die Anwesenden für die vor trefflichen Ausführungen. Der Parteivorsitzende Dr. Stachnik wurde außerordentlich begeistert begrüßt; seine Worte glänzten, denn er hob immer wieder hervor und bewies es auch, daß das Zentrum Hoffnungsfroh der Wahl entgegengehen könne.

Große Zentrumskundgebung in Schiditz.

In dem vollbesetzten Saale des Friedrichshains in Schiditz fand Freitag eine Kundgebung des Zentrumsvereins Schiditz statt. Umrahmt wurde die Kundgebung durch den Aufmarsch der Mitglieder des Windhorstbundes und durch Musik- und Gesangsvorträge des Gesellenvereins. Der Vorsitzende Herr Postuchowski erteilte dem Senator Dr. Althoff das Wort. Mit bereden Worten schilderte er die Folgen des 4-jährigen Krieges und das Ende in der Heimat. Das Chaos der Revolution wird mit Hilfe des Zentrums, das 14 Jahre die Regierung gestützt hat, wieder bestätigt. Wenn die NSDAP behauptet, die Deutschen hätten 14 Jahre in Not und Elend gelebt und keiner hätte etwas für das Volk getan, so stimmt dieses nicht, denn natürlich unter Brünings Kanzlerschaft war der Aufstieg des deutschen Volkes unterstellt. Jetzt sind wir wie 1914 außergewöhnlich vollständig isoliert. Kritik darf kaum geübt werden. Mit größter Zuverlässigkeit steht der Redner der Wahlschlacht entgegen; das Zentrum wird jetzt zum Angriff vorgehen und am 28. Mai nicht bloß seinen Bestand halten, sondern sogar noch erheblich vermehren. Mit großem, nicht enden wollenden Beifall wurde der Vortrag von den Versammelten aufgenommen. Hierauf sprachen noch die Herren Kewitz, Bistar Swiercz und Pfarrer Bialt.

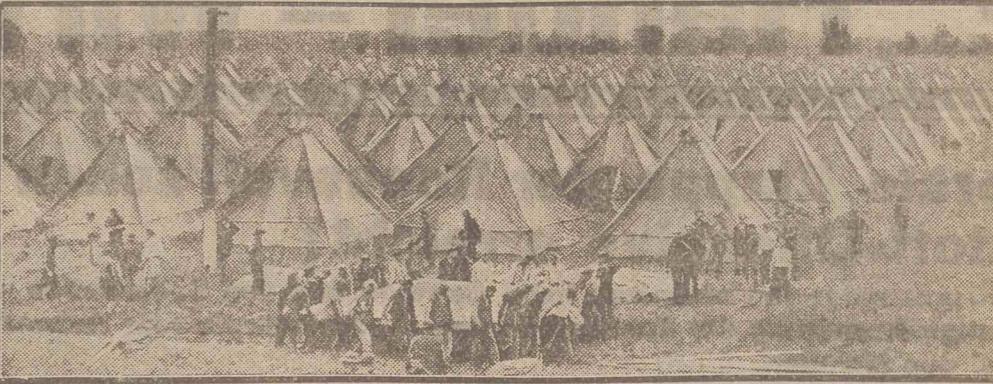
Kinder als Opfer einer Diebin.

Wie in der Presse bereits berichtet wurde, trieb in den letzten Wochen im Stadtinneren eine Diebin in ihr Unwesen, die eine Reihe von schulpflichtigen Kindern bestohlen hat. Die Diebin arbeitete auf folgender Weise:

Sie hielt auf der Straße Kinder an, die von ihren Eltern fortgeschickt worden waren, um Einkäufe zu besorgen, gab ihnen den Auftrag in ein von ihr bezeichnetes Haus hineinzugehen und dort wohnenden Bekannten einen Gruß zustellen. Gleichzeitig nahm sie den Kindern Geld und Ware ab mit der Begründung, solange, bis die Kinder wieder zurückkämen, im Hause zu warten zu wollen. Natürlich ist sie dann in der Zwischenzeit verschwunden. In einem Falle war die Diebin sogar dazu übergegangen, einem Kind, das ihren Würklein nicht gefügt war, die mitgeführten Sachen gewaltsam zu entreißen. Nunmehr kommt die Kriminalpolizei die Diebin dingfest machen. Es handelt sich um die 22-jährige Händlerin Gertha Heß aus Danzig. Ihre Komplizin, die in den meisten Fällen Schmier gestanden hat, konnte in der Person des 20-jährigen Bifeitträuslein Anna Ho. ebenfalls festgestellt und festgenommen werden. Beide Diebinnen wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Es ist anzunehmen, daß die beiden Diebinnen noch weitere Kinder auf dieselbe Art bestohlen haben, als bisher bei der Kriminalpolizei zur Anzeige gebracht wurde. Die Eltern dieser Kinder werden deshalb gebeten, sich zwecks nachträglicher Erfatung der Angelegenheit auf dem Polizeipräsidium, Zimmer 31 oder 38, zu melden.

Immer noch Veteranen-Marsche auf Washington.



Unser Bild aus der Umgebung der amerikanischen Bundesstadt zeigt, daß sich vor den Toren der Stadt immer noch riesige Heile befinden, in denen zahllose Veteranen

wohnen, die immer noch auf Anerkennung ihrer Forderungen hoffen.

Deutsche DK Jugendkraft

Bez.-Kl. Brösen : Brentau 3:1 (1:0).

Brösen stellt die bessere Mannschaft und kann den Sieg verdient erringen. Nach vorteilhaftem Feldspiel, bei dem Brösen eine kleine Feldüberlegenheit herausarbeitet, kann die Mannschaft durch ihren Mittelfürmer nach gelöschtem ausgeglichinem Durchbruch das Führungstor erzielen. Brösen spielt immer überlegen, doch die Angriffe werden von der gut arbeitenden Verteidigung gestoppt. Gleich nach Halbzeit kann Brentau den Ausgleich herstellen, dann drückt Brösen aber stark, beherrscht das Feld vollkommen und kann noch weiterhin zweimal erfolgreich sein.

Brösen zeigt das bessere Stellungsspiel. Die Mannschaftsteile arbeiten gut und rational. Bei Brentau versagte der Sturm. Lauf und Verteidigung waren ihrer Aufgabe gewachsen, aber dem Sturm fehlt im entscheidenden Moment der Durchschuß. Durch zu langes Zögern ist manche Torchance ungenutzt gelassen.

Der Schiedsrichter leitete einwandfrei.

Bez.-Klasse: Germaria : Neufahrwasser 4:2 (3:2).

Das Spiel hatte eine stattliche Anzahl Zuschauer angezogen, es war im Spielverlauf recht interessant. Durch einen überraschenden Durchbruch kann Germania gleich zu Beginn des ersten Tors durchsetzen. Doch nicht lange läuft der Ausgleich auf sich. Während Neufahrwasser vor Halbzeit noch einmal erfolgreich sein kann, gelingt es den Blau-Weisen, weitere zwei Tore zu erzielen. War das Spiel vor Halbzeit ausgeglichen, so macht sich nach der Halbzeit eine leichte Feldüberlegenheit der Germanen bemerkbar; es gelingt ihnen, das Endergebnis auf 4:2 zu erhöhen.

Der Schiedsrichter hatte das Spiel jederzeit in der Hand.

Wenn gegen Schlüg auch hart gekämpft wurde, so blieb es

immer noch in den Grenzen des Erlaubten.

Die Mannschaften zeigten ansprechende Leistungen. Neufahrwasser spielte eine Zeitlang zu zerspannen, und es blieb durch gute Torglegenheiten ungenutzt. Aber im allgemeinen konnten beide Mannschaften gut gefallen.

Bez.-Klasse: Ohra : Oliva 2:0 (1:0).

Es kam anders, als man erwartete. Alles hatte man mit einem Siege Olivas gerechnet. Oliva konnte in diesem Spiel nicht gelingen, die Mannschaft ließ ihre alte Spielform vollkommen vermissen, hauptsächlich der sonst gute Halbtime fiel bei diesem Spiel ab. Dem Torwart ist es zu verdanken, daß das Resultat nicht höher wurde, nicht zuletzt aber auch der sehr aufopfernd spielenden Verteidigung. Lauf und Sturm spielen den Ball zu ungern zu, und es wäre wünschenswert, hierauf mehr Sorgfalt zu legen. Der Sturm ließ außerdem manche Torglegenheit ungenutzt.

Ohra verfügt über einen flinkeren, durchschlagskräftigen Sturm, der von der Läuferreihe gut unterstützt wird. Die Verteidigung war ihrer Aufgabe gewachsen.

Nach anfänglich ausgeglichinem Spiel macht sich eine leichte Feldüberlegenheit Ohras bemerkbar. Doch Angriff auf Angriff wird von der Verteidigung unterbunden oder von dem Torhüter abgewehrt. Ein von halbrechts eingearbeitetes unhalbares Tor stellt vor Halbzeit die Führung her. Nach Halbzeit ist etwas das gleiche Bild. Oliva kann einige Male gut durchkommen, aber der Torschuß will nicht klappen. Dagegen ist Ohra ein zweites Mal erfolgreich und stellt so den Sieg sicher. Ohra war verdienter Sieger.

Der Schiedsrichter hatte das Spiel jederzeit in der Hand. Wenn gegen Schlüg auch hart gekämpft wurde, so blieb es

immer noch in den Grenzen des Erlaubten.

Rund um den Danziger Sportsonntag

Streitigkeiten im Baltenverbande. — Eine Erklärung von Studienrat Bräuer. — Staffellauf "Quer durch Danzig". — Die Leichtathletenvereinigung vierfacher Sieger. — Wehrsport des Stahlhelms. — Zwei Fußballduelle.

Der Streit im Baltischen Sportverband um die Jubiläumsfeier (25. Jahrestag) am 10. bis 11. Juni ist nun beigelegt, so daß die Elbinger Festtage vermutlich ungefähr vorstaaten gehen werden, und was schließlich die Hauptrunde ist, Ostpreußen, dessen Beteiligung sehr in Frage gestellt wird, wird vollständig zur Stelle stehen. Ostpreußen, oder vielmehr Königsberg behauptet, die wehrliche Umgestaltung des Programms erfolgt ist und daß dadurch eine Teilnahme dieser Kreise möglich wird. Tatsache ist jedoch, daß nur geringfügige Änderungen gegenüber den Plänen aus dem vergangenen Jahre eingetreten sind, denn anstelle des 5000-Meter-Laufs tritt ein Keulenwerfen. Wie dem auch sei, Königsberg hat wieder einmal Zwietracht und Unruhe in das Verbandsgebiet gebracht und benutzt das Jubiläum zu allerhand Angriffen persönlicher Art mit dem Verbandsvorstand, Studienrat Bräuer-Danzig, der jetzt mit einer Antwort vor die Öffentlichkeit tritt, die folgenden Wortschlüsse hat:

Die Neuordnung der Verhältnisse in Deutschland hat mich in den politischen Blickpunkt gerückt. Der stille Kampf zwischen dem Bezirk Ostpreußen und dem jetzt gleich starken Bezirk Grenzmark um den Sitz des Verbandes hat mich zwischen zwei Unteressengruppen gehoben.

"Von der Partei her ist mir die Kritik und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte"

Ich antworte prinzipiell auf feinerlei Angriffe, weil ich es ablehne, in die Niederungen des persönlichen Kampfes hinzabzusteigen. Ich gestatte jedem, mit Entwicklungen, Kombinationen und Unterstellungen soviel gegen mich zu arbeiten, wie es ihm beliebt.

Das Urteil über meine dreijährige Tätigkeit im Verbandsvorstande zu fällen, überlässt ich einer ruhigeren Zeit. Auf Anträge hin meinen Posten zu verlassen, besteht für mich um so weniger Veranlassung, als in Kürze durch behördliche Maßnahmen und nicht durch Unteressengruppen die Führerfrage in den Verbänden geregelt werden wird.

Das große sportliche Ereignis am 21. Mai war der Staffellauf "Quer durch Danzig", den der Sportklub Preußen nun schon zum 14. Male durchführte aber im Laufe der Jahre sehr immer mehr von dem großzügigen Gedanken des Gründers dieser Veranstaltung entfernt hat. War früher die Beteiligung vielleicht erheblich stärker, so kommt jetzt noch hinzu, daß "Quer durch Danzig" leider auch jene Schwungkraft vermissen läßt, die einst so begeisterte. Unverständlich, daß der Turngau überhaupt nicht vertreten war, obwohl einige seiner Vereine über rechtes Läufmaterial verfügen. "Quer durch Danzig" in seiner jetzigen Form überlebt, das muß einmal offen ausgesprochen werden. Auf der Strecke und besonders am Ziel auf dem Preußenportplatz Bischofsberg hatten sich zahlreiche Zuschauer eingefunden. Sicherlich wäre die Werbewirkung noch viel größer gewesen, wenn beispielweise Ziel für alle Mannschaften der Heumarkt gewesen und zur genaueren Beobachtung des Laufes noch eine Runde um die Grünenlanzen vor dem Polizeipräsidium eingelagert worden wäre. Außerordentliche Erfolge hatte die Leichtathletenvereinigung, die "Quer durch Danzig" in allen drei Jugendklassen und in der Frauenklasse sicher gewonnen konnte. Das Hauptlauf der Männer holte sich wiederum der B. u. E. V., und zwar so überlegen wie nie zuvor. Merkwürdig, daß der Veranstalter in den 14 Jahren noch nie über den dritten Platz hinaufgekommen ist und in dem Lauf der Alte-Herrenklasse stets dem B. u. E. V. den Sieg über-

lassen mußte. Die übrigen Klassen siegten Gedania, Polizeischule und Danziger Schwimmverein.

Erste Rennklasse (6,7 Km., 20 Läufer): 1. B. u. E. V. 16:04.

— 2. Schupo 16:33,6. — 3. Preußen 16:34,4. — 4. Deutsche Jugendkraft 16:49,2.

Zweite Rennklasse (4,1 Km., 14 Läufer): 1. Gedania 10:04,7. — 2. Wader. — 3. Danziger Sportklub. — 4. Ostmark.

Wehrsportklasse (4,1 Km., 14 Läufer): 1. Polizeischule I 10:04.

Alle Herren (2 Km., 12 Läufer): 1. B. u. E. V. 4:17. —

2. Preußen 20 Meter zurück.

Jugend A (4 Km., 15 Läufer): 1. Leichtathletenvereinigung 6:23. — 2. Schupo 6:39. — 3. Preußen.

Jugend B (2 Km., 15 Läufer): 1. Leichtathletenvereinigung 4:19. — 2. Schupo 20 Meter zurück.

Jugend C (1,1 Km., 12 Läufer): 1. Leichtathletenvereinigung 2:39,6. — 2. Schupo 2:42. — 3. Post 2:45.

Sonderklasse (6,7 Km., 20 Läufer): 1. Danziger Schwimmverein 17:36. — 2. Schwimmklub Neptun 17:39,6.

Umrahmt wurde der Lauf durch Wehrsportkämpfe des Stahlhelms (Hindernisläufen, Baumstammwerfen, Keulenzielwerfen und Übungen im Gelände) und durch zwei Fußballspiele. Die Alte-Herrenmannschaften von B. u. E. V. und Preußen trennen sich nach rechtem Ablauf verlaufenen Kampfhandlungen mit 3:2 (2:0) für den B. u. E. V. Weit größeres Interesse fand das Spiel der Städte gegen eine zweite Danziger Vertretung. Die Städtemannschaft siegte nach torlosem Seitenwechsel 2:0. Es

Die erste Etappe der Roosevelt'schen Rohstoff-Offensive erreicht!

60 bis 100 prozentige Preiserholung beim Getreide und den Spinnstoffen — Fast 150 prozentige Besserung der Zuckernotierung — Fortschreitender Aufwertungsprozeß bei den Metallen.

Hält man eine Rücksicht auf die Ergebnisse der Roosevelt'schen Offensive an den Rohstoffmärkten, so läßt sich die Feststellung machen, daß das Experiment in Sinne seines Anstellers geglückt ist. Der amerikanische Präsident hatte es sich vorgenommen, daß Kulturszene aller Waren auf einen "dem inneren Wert des Dollars entsprechenden Stand" zu bringen; es sollte gegenüber dem niedrigsten Stand vom Sommer 1932 eine Erholung um 60 Prozent eingehen. Mit der Erreichung dieses Ziels — wenigstens für Massenartikel — ist der eine Teil des Aufwertungsprogrammes der U. S. A. erledigt. Es wäre aber verfehlt, die Dinge von sich selbst aus weiter treiben zu lassen.

Aus der Tatsache, daß das Preisniveau der meisten Rohstoffe höher liegt, als es der Entwertung des Dollars entspricht, geht ein stark spekulativer Einstieg der ganzen Bewegung hervor, und die eigentliche Arbeit Roosevelts sowie der Staatsminister der übrigen Welt beginnt jetzt erst.

Noch ruht die Steigerung der Welthandelsartikel nicht auf einem so sicheren Fundamente, daß schärfere Rückläufe außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, ja sogar der Wahrscheinlichkeit liegen. Erst wenn der Verbraucher durch sein Eingreifen die Aktion ausreichend untermauert, darf mit stabilen Verhältnissen auf erhöhtem Niveau gerechnet werden.

Der Bedeutung dieser Aufgabe sind sich alle wirtschaftlichen Denkenden durchaus bewußt. Der jüngste Appell Roosevelts, sowie die Ausschüsse des deutschen Reichstags anstreben, dass auch auf nichts anderes hin, als in der Welt eine gesunde Atmosphäre zu schaffen, die es dem Konsumen erlaubt, aus seiner bisherigen Reserve herauszugehen und das Sanierungsprojekt für die Rohstoffmärkte durch Kaufverträge zu fördern.

Schlüchterne Ansätze hierzu lassen sich überall bereits feststellen.

Sowohl in Amerika wie im englischen Weltreich und auch auf dem europäischen Festlande ist ohne Frage ein gebeifter Auftragsbestand zu konstatieren. Sache der Wirtschaftspolitik aller Länder wird es sein, den Ablauf des Prozesses zu beschleunigen und damit einen Teil der Wunden zu vernarben, die die Weltwirtschaftskrise allen geschlagen hat.

Das Haussiefer, das an den amerikanischen Getreidebörsen bis gegen Mitte dieses Monats herrschte, ließ merklich nach. Die Spekulation disponiert wesentlich vorstüdiger, neigt gelegentlich sogar zu Realisationen, zumal während der letzten Tage infolge der Dollarerholung eine weitere Unregelmäßigkeit der Währungsseite hier fehlte. Die Weizenmärkte Chicago's zeigen daher eine gewisse Unsicherheit, während in dem benachbarten Kanada (Winnipeg), aber auch in den südamerikanischen Staaten (La Plata), die Aufwärtsbewegung ihren Fortgang nahm. Gegen schritt Europa wiederholte zu Anhäufungen, die jedoch allgemein nur sehr kurzfristig sind, da die Länder um das Mittelmeer (Südfrankreich, Italien und Griechenland) in etwa einem Monat die neuen Ernte hereinkommen.

Unter den Kolonialwaren verdient nur der Kakaо eine nähere Betrachtung, weil bei keinem anderen Artikel dieser Gruppe die Währungsschwierigkeiten sich so störend im Handel bemerkbar machen, als gerade bei diesem. Die gangbare Sorte, Acras, wird in Pfunden bezahlt. Bei den Schwankungen der Sterling-Debito lassen sich Abschlässe auf Termintarif schlecht durchführen und man versucht daher, den französischen Franken als Abrechnungsgrundlage zu verwenden. Jeder ein Kuchen für den Umtausch hat sich daraus nicht ergeben. Werden von der Währungsunsicherheit im Kakaogeschäft.

Auch lebhafte Weichselsschiffahrt.

Der Verkehr auf der Weichsel hat in diesem Jahre im März allmählich eingesetzt und verhältnismäßig schnell einige Lebhaftigkeit angenommen, wenn auch bisher im ganzen der Verkehrssumpfang des Vorjahres nicht erreicht wird. Die Aussichten für die Weichselsschiffahrt sind in diesem Jahre nicht günstig, weil die Schrumpfung im polnischen Wirtschaftsleben sich stark auswirkt.

Besonders fühlbar ist das Ausbleiben der Zuckertransporte, weil die Zuckerausfuhr Polens über Danzig in diesem Jahr kaum halb so groß ist wie sonst, eine Folge der bekannten Marktage am Zuckermarkt.

Auffallend ist ferner, daß die Holztransporte auf der Weichsel, die ja schon immer im Verhältnis zu den gesamten Holzausfuhr über Danzig unbedeutend waren, seit dem vorigen Sommer allmählich fast ganz aufgehört hatten. Die in den letzten Wochen eingetretene Belebung der Holzausfuhr hat trotzdem keine größeren Holztransporte auf die Weichsel gebracht. Die amtliche Statistik liegt vorläufig für die Weichselsschiffahrt nur für den Monat März vor. Im März kamen nach Danzig 113 Dampfer mit 5500 Tonnen Tragfähigkeit und 46 Kähne mit 13 100 Tonnen, die zusammen 2 700 t. Ladung brachten. Der Kahnverkehr hat im März erst ganz schwach eingesetzt, da von Polen nur 60 Kähne ankamen. Die Tourdampferschiffahrt mit Polen begann erst um den 20. März. Bei den Gütertransporten des März handelte es sich stromab hauptsächlich um Getreide und nur um 1000 Tonnen Zucker. Stromauf gingen nur 5000 Tonnen Güter, vorwiegend in kleineren Mengen.

* Zehn Zundersäfte in Polen geschlossen. Eine Meldung der Agentur PJD zufolge wurden in der letzten Zeit zehn polnische Zundersäfte geschlossen. Die Stilllegung von sechs weiteren soll angeblich bevorstehen. Die Wehrzahl der geschlossenen Zundersäfte entfällt auf Mittelpolen. Ferner haben die Zundersäfte „Pulkin“, „Bier“, „Lamierz“ und „Garhom“ die Arbeitszeit auf vier Stunden täglich begrenzt.

abermaligem Anziehen der Preise um 5 bis 10 Prozent geräumt. Die Hauptaison der Baumwolle ist vorüber, die Industrie zur Zeit mit der Herstellung von Winterartikeln, d. h. also wollenen, beschäftigt sind. Die Baumwollebewegung geht international, also in stärkerem Umfang auf spekulative Käufe zurück, wenn gleich es an echten Anhaftungen nicht fehlt. Rotheide behauptet ihre Preiserholung von 40 Prozent gut. In Zeiten wie jenen können die Fabrikanten in Dundee, als auch die deutschen Zuteindustriellen über ein sehr lebhaftes Geschäft zu berichten. Der Kaufschuh beteiligt sich gleichfalls an der Besserung der übrigen Welthandelsartikel, jedoch tritt hier ein störender Faktor, das noch ungelöste Problem der Eingeborenenproduktion, auf.

Eine scharfe Reaktion auf die gebesserte Beschäftigung in der Automobilindustrie aller Länder zeigt der Metallmarkt. In New York, London und Berlin wurden Kupferkäufe für Rechnung der Verarbeiter getätigt. Die Newyorker Notierung für dieses Metall stieg von 5,60 auf 7 Cents (gleich 6 Cents Gold). Das Zinn setzte seine Preisprünge um 7,5 auf 130 Pfund (Gold) fort, das bedeutet einen Auftrieb um 23 Pfund gegenüber Ende März. Die Statistik Ende Mai soll einen neuen Rückgang der Vorräte bringen. Blei und Zinn folgten der Steigerung der beiden Metalle nur in langsamem Tempo.

Alles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Niedrige Preise. Vom 20. Mai 1933.

Weizen, 128 Pfund, 21,25; Weizen, 125 Pfund, 20,75;

Roggen zum Export, 10,75; Roggen zum Konsum, 10,80;

Gerste, feine 9,80—10,00; Gerste, mittel 9,25—9,60; Gerste, geringe, 8,75—9,00; Hafer 8,40—8,80; Roggenkleie 6,80;

Weizenkleie, grobe, 6,45; Weizenkleie 6,85 Gulden.

Alles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon

Danzig.

Niedrige Preise. Vom 20. Mai 1933.

Weizen, 128 Pfund 21,25; Weizen, 125 Pfund 20,75;

Roggen 10,80; Braunerste 9,80—10,00; Futtergerste 9,00 bis

9,70; Hafer 8,40—8,80; Roggenkleie 6,80; Weizenkleie 6,45;

Weizenkleie 6,85 Gulden per 100 Kilogramm frei Danzig.

Die Getreidepreise haben weiter leicht nachgegeben.

Weizen wird mit 21,25 Gulden in guten Qualitäten angeboten. Roggen ist mit 10,85 Gulden erhältlich.

Futtermittel fester.

Mai-Lieferung.

60 prozent. Roggennmehl 18,00 Gulden, Weizennmehl 0000

35,50 Gulden frei Bäckerei Danzig.

Der Umschlag in Danzig und in Gdingen.

Vom 20. Mai 1933.

Export

Kohle

Es wurden umgeschlagen:

in Danzig 369 Waggons 8287 Tonnen

in Gdingen 443 865

Anzahl der Kohle ladenden Schiffe: in Danzig 8

in Gdingen 9

Uebrige Massenladungen.

Es wurden umgeschlagen:

in Danzig 77 Waggons — Waggons

Zucker — "

Holz 175 " 76 "

Andere Güter 35 " 19 "

Import

über Danzig 77 Waggons — Waggons

Erze — "

Schrott 4 "

Düngemittel — "

Andere Güter 47 77 "

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmarknoten 118,50 bis 119,50. Auszahlung Berlin 119,50—120,50. Dollarnoten 4,47—4,52. Kabel New York 4,50—4,55. Engl. Pfund Schied London 17,28 bis 17,38.

Danziger Devisen

20. 5. 19. 5.

Scheck Lond. Pfd. Sterl. — — — —

Auszahl. Lond. 1 Pfd. St. — — — —

„ Warschau 100 Zloty 57,24 57,35 57,24 57,36

„ New York 1 Dollar — — — —

„ Berlin 100 RM. — — 119,73 119,97

20.11 20,15 20.11 20,15

Paris 100 fr. Frank. — — — —

Helsingfors 100 fm. — — — —

Stockholm 100 Kr. — — — —

Kopenhagen 100 Kr. — — — —

Oslo 100 norw. Kr. — — — —

Amsterdam 100 hfl. — — — —

Zürich 100 Franken 98,70 98,90 — —

Brüssel/Antwerpen 100 Belga — — — —

100 Belga — — — —

Wien 100 Schilling — — — —

Prag 100 Kr. — — — —

Note:

Poln. Noten 100 Zloty 57,25 57,36 57,24 57,36

Dollar-Noten I. von 5—100 1 Dollar — — — —

Reichsmark (100 RM.) — — — —

20. 5. 33 19. 5. 33

Danziger Effekten

In Danziger Gulden notiert

20. 5. 33 19. 5. 33

Diskontrate

Berliner Effekten 20. 5. 19. 5.

Deutsche Anl.-Auslös.-Sch. einschl. ½ Ablös.-Sch. Nr. 1—90 000 75,80 75,80

Dtsch. Anl. Ablösungssch. ohne 12,625 12,35

Auslosungsschein 50,75 50,75

Commerz- und Privat-Bank 55,50 56,—

Deutsche Bank u. Disconto-Gesellschaft 55,— 56,50

Dresdner Bank 128,— 129,—

Reichsbank 18,375 17,50

Hamburg-Amerika-Linie 32,— 32,—

Hamburg-Südamerika-Linie 18,875 18,625

Norddeutscher Lloyd 25,25 26,—

A. E. G. 1C9 875 109,—

Berliner Kraft- u. Lichtzentrale 77,875 78,—

Buderus Eisenwerke 75,25 75,—

Charlottenburger Wasserwerke 109,— 109,50

Dessauer Gas 114,50 115,—

Elektr. Licht. und Kraft 129,50 128,375

I. G. Farbenindustrie 69,50 69,—

Feldmühle Papier 63,50 64,25

Gelsenkirch. Bergwerk 91,75 91,—

Ges. f. elektr. Untern.-L. Loewe & Co. 51,125 51,50

Th. Goldschmidt 94,75 94,50

Harpener Bergbau 58,125 58,50

Philipp Holzmann 58,125 58,50

Mannesmannröhren 74,875 75,—

Mansfelder Bergbau 26,50 27,50

Oberschlesische Kokswerke 85,25 85,375

Phoenix Bergbau 43,75 43,25

Rütgerswerke 5

Die Hilfe für den notleidenden Mittelstand

Nicht Schlagworte, sondern ernste Arbeit und fluge Ueberlegung helfen

Senator Dr. Ing. Althoff erläutert noch einmal im Rundfunk, was im Rahmen des wirtschaftlich und politisch Möglichen von der jetzigen Regierung getan wurde

Senator Dr.-Ing. Althoff hielt am 21. Mai im Rundfunk eine Rede über „Regierung und Mittelstand“, die wir, da sie uns zur Richtstellung von Lügen und Verleumdungen im Wahlkampf wichtig genug erscheint, im folgenden im Wortlaut bringen:

„In meiner Rundfunkrede am Dienstag, dem 16. d. M., habe ich, so erklärte Senator Dr. Althoff, über „Regierung und Handwerk“ gesprochen. Vorher ich heute mich mit den anderen Hauptträgern des Mittelstandes befasste, möchte ich einige Punkte aus meinem Vortrag noch einmal unterstreichen und ergänzen. Ich wiederhole noch einmal:

Die Hilfe für das Handwerk.

Wer die Not des Handwerks nicht sieht oder nicht ernst nimmt, ist blind in wirtschaftlichen Dingen. Wer in verantwortlicher Stellung nicht alles tut, um dem Handwerk zu helfen, vernachlässigt seine Pflicht. Wer aber nicht einfach, doch die Lösung der Handwerkerfrage eine der aller schwierigsten Aufgaben der Gegenwart ist, überall, aber besonders bei uns im Freistaat, der verleiht nichts von handwerklichen Dingen, und wer behauptet, daß er in der Lage sei, die schwere Lage des Handwerks schnell zu wenden und dem Handwerk ausreichende Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu geben, trostet ein leichtfertiges Spiel mit dem Handwerk.

Die Gründe, die zur Handwerkernot führten, liegen tiefer, als daß man sie durch eine Handbewegung und durch Schlagworte befreiten könnte. Die Krise des Handwerks liegt sehr tief und begründet in der Weltwirtschaftskrise und in der Krise des Freistaates im besonderen, die in erster Linie veranlaßt ist durch die in wirtschaftlicher Hinsicht ungünstige und unmögliche Zusammenstellung mit Polen.

Eine Regierung, die die Aufgabe hat, ein Handwerk zu schützen gegen eine Nachbar konkurrenz, die mit halben Löhnen arbeitet, steht vor einem beinahe unlösabaren Problem.

Deshalb sind im Freistaat Danzig besondere Anstrengungen notwendig, um dem Handwerk zu helfen und seine Not zu mildern. Da es noch immer Menschen gibt, die das nicht glauben wollen oder die aus politischen Gründen die Leistungen der Regierung ablehnen, verleihen oder ins Gegenteil verleihen, so wiederhole ich heute noch einmal:

Wir haben das Menschenmögliche getan. Wir haben mehr getan, als alle deutschen Regierungen. Wir haben schon beschlossen und in die Tat umgesetzt, was die neue deutsche Regierung an Maßnahmen plant.

Die Regiebetriebe sind abgebaut, sämliche Aufträge, auf die Stadt oder Land Einfluß haben, werden dem selbständigen Handwerk zugeschoben, die Leistungen und Lieferungen bleiben im Freistaat, die Handwerkerkarre ist im Freistaat eingeführt, und Anträge auf Gewährung der Handwerkerkarre werden mit aller Schärfe geprüft. Nach Überwindung der Übergangszeit, wo eine gewisse Schonung bestehender Existenznot notwendig ist, wird die Handwerkerkarre nur noch der Handwerksmeister bekommen, der die Prüfung als Handwerksmeister gemacht hat.

Wir haben die Schwarzarbeit bekämpft und haben Erfolge gehabt. Wir versuchen, für Handwerkerarbeit an gemessene Preise zu bezahlen, trotzdem es uns das Werk manchmal schwer macht. Wir sehen uns ein für die Einführung an das Handwerk im allgemeinen und im besonderen. Jeder Antrag, der zur Handelsabteilung kommt, wird eingehend geprüft, versorgt und wenn irgendwie die Bedingungen es zulassen, zur Berücksichtigung empfohlen.

Wir versuchen unter den allergrößten Anstrengungen, Mittel zu bekommen, um ein besonderes Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzuführen

und haben die ehrliche Freude erlebt, daß wir in diesen Tagen für 1 Million Gulden Strafmauerarbeiten an Unternehmer und Steinmetzmeister vergeben konnten. Wir haben nach langen Kämpfen die Zusage bekommen, daß wir auf dem Anleiheweg weitere 2,5 Millionen Gulden für Bauarbeiten erhalten werden.

Wir haben den Plänen der jetzigen deutschen Regierung voransetzend, 1,8 Millionen Gulden aus der Wohnungsbauabgabe für Instandhaltung von Wohnungen zur Verfügung gestellt und dadurch dem Handwerk für 3,6 Millionen G. Arbeit zugeschoben. Wir suchen darüber hinaus, soweit es irgendwie nur möglich ist, Mittel flüssig zu machen, um auch den Baumarkt in Fluss zu halten. Wir haben alle Hindernisse beseitigt, die sich dem Absatz Danziger Waren nach dem Ausland entgegenstellen und haben in der Wirtschaftsabteilung in Deutschland und der Danziger Gewerbe-Förderungs-G.m.b.H. die Grundlagen geschaffen, Industrie und Handwerk bei dem Absatz ihrer Waren zu helfen.

750 Gulden Friedensmiete durften selbständig vermietet werden vom 1. April 1932 an und vom 1. April 1933 an Wohnungen über 360 Gulden Friedensmiete.

Bei Erlass des Gesetzes glaubte der Senat, daß der Termin, an dem er auch die Kleinwohnungen unter 360 G. Friedensmiete zur Vermietung freigeben konnte, bald kommen würde.

Die Entwicklung hat aber gezeigt, daß die Nachfrage nach Kleinwohnungen immer größer wurde, daß es zu wesentlichen Schwierigkeiten kommen würde, wenn man den Mieterklausur in gleicher Weise lockt wie bei den Wohnungen über 360 Gulden.

Der Senat ist aber auch bereit, den Wünschen der Hausbesitzer entgegenzukommen, dadurch, daß er ihnen eine größere Anzahl Meter zur Auswahl freistellt. Ferner hat er den Kleinhauseigentum dadurch bevorzugt, daß er seinen Anteil der Miete um 10 Prozent gegenüber dem anderen Hausbesitz vermehrt und daß er schließlich auch wesentliche Beträge — im letzten Jahr 600 000 Gulden für Instandsetzungsarbeiten zinslos oder zu ganz mäßigen Zinsen zur Verfügung stellt.

1. daß einem Teil des Hausbesitzes auch dadurch Erleichterungen geschaffen werden sind, daß die Hypothekenzinsen geringfügig herabgesetzt werden, möchte ich nur kurz erwähnen.

2. im Jahre 1932 sind nicht weniger als 1800 Kleinstwohnungen in Danzig auf diese Weise instandgesetzt worden.

Die rückläufige Bewegung in der Wirtschaft — darüber kann ein Zweifel leider nicht bestehen — hat sich fortgesetzt. Es ist daher kein Wunder, wenn die Wohnungswirtschaft von allen interessierten Kreisen erneut zum Gegenstand neuer Wünsche und neuer Forderungen gemacht wird.

Die Hausbesitzer verlangen die anormale Höhe der heutigen Zinssätze für erste Hypotheken von 7—8 Prozent auf die Kriegshöhe von 3—4 Prozent zu senken einschl. aller Nebenkosten.

Die überaus hohen Steuern und Abgaben des Hausbesitzers entsprechen zu reduzieren,

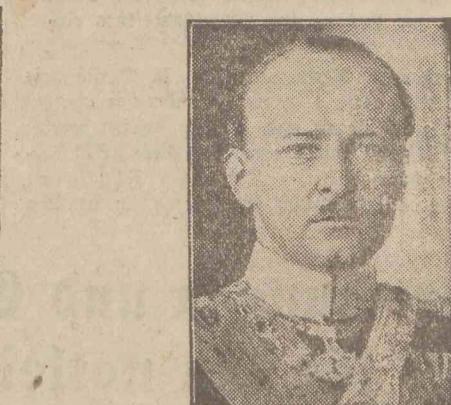
die allerschlimmste Geisel für den Hausbesitzer, die sogenannte Wohnungsbauabgabe, sofort und restlos aufzuheben, ebenso restlos die Zwangswirtschaft.

Der Mieterverband hat eine Reihe von Forderungen für unerlässlich gehalten,

deren wichtigste folgende sind: Die Mieten in Alt- und Neubauwohnungen sollen herabgesetzt werden, den sozial bedrängten Mietern in Alt- und Neubauwohnungen sollen Mietserleichterungen gewährt werden, Befreiung aller Verordnungen, die der Senat zur Förderung der Wohnungspolitik wünscht, Verminderung des Mieterschutzes und Verschärfung des Wohnungsbauabgabes erlassen hat, restlos Verbrauch der Wohnungsbauabgabe für Siedlungszwecke und Einführung einer Reparaturpflicht für den Hausbesitzer in Höhe von 20 Prozent der Mietseinnahmen mit amtlicher Kontrolle der Reparaturausführung, Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnungsrechtes mit einer Reihe von Bestimmungen, die im einzelnen auszu führen hier zu weit führen würde.

Sie werden zugeben, daß diese beiden Forderungen sehr weit auseinanderliegen und daß es nicht möglich ist, hieraus ein Kompromiß zu bringen, das beide Teile befriedigt, insbesondere wenn daneben noch die Forderung des Staates auftritt, die die Einnahmen aus der Wohnungsbauabgabe für den Ausgleich der öffentlichen Staats beansprucht, der sonst nicht in Ordnung gebracht werden könnte.

Der Senat hat sich mit allen diesen Forderungen eingehend beschäftigt und folgende Beschlüsse gefaßt:



Die Ernennung Prinz Philipps von Hessen zum Oberpräsidenten.

CPP, Berlin, 20. Mai. Die Ernennung des Prinzen Philipps von Hessen zum Oberpräsidenten von Hessen-Nassau soll, wie wir erfahren, durch einen Beschluß in der nächsten Kabinettssitzung bestätigt werden.

1. Es sollen dem Hausbesitzer aus Mitteln der Wohnungsbauabgabe des Jahres 1933 1,5 Millionen Gulden belassen werden unter der Voraussetzung, daß im Einzelfall von dem Hausbesitzer ein gleicher Anteil aufgebracht wird; dieser Betrag wird jetzt noch um 300 000 Gulden erhöht.

2. Für den Kleinhauseigentum sollen, wie im letzten Jahre, 500 000 bis 600 000 Gulden zinslos oder gegen geringe Zinsen zur Verfügung gestellt werden, um den Verfall der Kleinwohnungen aufzuhalten.

3. Im Jahre 1933 sollen nur billige Kleinwohnungen für soziale und obdachlose Mieter gebaut werden. In einem gewissen Umfang soll noch der Eigenbau durch Darlehen unterstützt werden.

4. Die Mietsehelfen für Erwerbslose und Erwerbsbeschrankte werden wesentlich erhöht und auch auf Neubauwohnungen ausgedehnt.

5. Die einzelnen Genossenschaften werden durch Stundungen und in besonderen Einzelfällen durch Darlehen gestützt werden. 6. Für Wohnungen, die zur gesetzlichen Miete nicht mehr vermietet werden können, wird auf Antrag die Wohnungsbauabgabe im Verhältnis der gesetzlichen Miete zur erzielbaren Miete herabgeleistet, und zwar wird die Herabsetzung nicht mehr wie bisher von der Bedürftigkeit des Hausbesitzers abhängig gemacht.

Der Senat weiß, daß er mit diesen Maßnahmen weder die Wünsche der Hausbesitzer noch die Wünsche der Mieter voll befriedigen konnte. Das kann weder die Regierung noch eine Regierung überhaupt, weil eine Regierung eintreten muß für den gesamten Staat, für jeden Teil der Bevölkerung und weil es in der Notzeit besonders schwer ist, die oft weit-auseinander liegenden Wünsche in Einklang zu bringen. Ich möchte darauf hinweisen,

dass der Freistaat Danzig in der Wohnungswirtschaft Deutschland weit voraus ist.

Die Mieten für Alt- und Neubauwohnungen sind wesentlich höher als in Deutschland, die Mietsehelfen für minderbedürftige wesentlich höher und viel weiter ausgedehnt.

In einem Punkt sind sich Hausbesitzer und Mieter einig,

das ist der, die Wohnungsbauabgabe abzubauen.

Auf diesem Wege ist die Regierung einen entscheidenden Schritt weitergegangen. Sie hat für den Kleinhauseigentum die Wohnungsbauabgabe um 10 Prozent gesenkt und sie auf dem Lande auf 15 Prozent ermäßigt. Der volle Abbau der Wohnungsbauabgabe auf dem Lande soll erfolgen, sobald die finanziellen Bedingungen des Staates und der Kreise es irgendwie zulassen. Ein entscheidender Schritt ist auch für den Abbau der Wohnungsbauabgabe dadurch gemacht worden, daß zum ersten Male 1,5 Millionen Gulden aus der Wohnungsbauabgabe herausgenommen sind und dem Hausbesitzer wieder zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wurde dieser Betrag aus dem allgemeinen Etat herausgenommen.

Danzig in der Wohnungswirtschaft dem Reiche weit voraus

Nach diesen kurzen Bemerkungen über Regierung und Handwerk möchte ich mich nun offen aussprechen über ein anderes Gebiet:

Regierung und Wohnungswirtschaft.

Ich habe das Glück, heute sagen zu dürfen, daß meine Ansicht über das Ziel der Wohnungswirtschaft sich in der ganzen Zeit, wo ich an der Spitze des Wohnungswirtschaftsdezernats stehe, nicht geändert hat. Ich habe immer auf denselben Standpunkt gestanden, auf dem ich jetzt noch stehe,

dass der Abbau der Wohnungswirtschaft und die Erringung der vollen Freiheit im Verkehr zwischen Hausbesitzer und Mieter das Ziel jeder Wohnungswirtschaft sein muß.

Damit stimme ich mit dem Hausbesitzer und mit dem größten Teil der Mieter überein, denn auch für den Mieter ist es ein großer Vorteil, wenn er nicht eine belästige Wohnung zugewiesen erhält, sondern frei suchen und wählen kann.

Berschiedener Meinung kann man darin sein, wie schnell man die erwünschte freie Wohnungswirtschaft herbeiführen soll. Das ist natürlich, denn jeder sieht diese Frage in erster Linie von seinem Standpunkt an. Für den Hausbesitzer kann es nur einen Wunsch geben: Möglichst bald frei sein von den Fesseln des Zwanges. Zu mir als dem Leiter der Woh-

nungswirtschaft kommen aber nicht nur die Hausbesitzer, sondern gleichzeitig die Mieter; es kommen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Bauhandwerker und Bauarbeiter und schließlich auch der Finanzsenator, und meine Aufgabe ist es nun,

aus allen diesen Wünschen einen Ausweg zu finden, der nicht allen Wünschen folgt, der aber berechtigte Wünsche sowohl als möglich nachkommt und sie mit den Zielen des Staates weitgehend in Einklang bringt.

Das ist bei einem so wichtigen und jeden Einzelnen berührenden Problem wie der Wohnungswirtschaft an sich schon schwer, besonders schwer aber in der jetzigen Notzeit, wo jeder von dem Druck der Weltwirtschaftskrise in irgendeiner Weise berührt wird und darunter leidet.

Daß es außerordentlich schwer ist, ein Wohnungswirtschaftsgesetz auf dem üblichen parlamentarischen Wege zu verabschieden, haben die Kämpfe um die früheren Gesetze gezeigt. Erst auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes war es möglich, diesen Zielen nicht nur näher zu kommen, sondern Bestimmungen zu erlassen, die in der Endwirkung einen allmäßlichen Abbau der Zwangswirtschaft herbeiführen. Inhalt und Sinn dieser Gesetze bzw. Verordnungen sind bekannt. Der Abbau der Wohnungsbauabgabe wurde in bestimmten Etappen festgelegt. Gleichzeitig wurden in der Wohnungsbauabteilung der Regierung durchgeführt. Freiwerdende Wohnungen über

Ein weiteres Wort zu der Danziger Binnenschiffahrt. Der Schiffsverkehr hat der Senat und insbesondere die Handelsabteilung ihre besondere Fürsorge zuwenden müssen, weil die Frachtlage durch die Weltwirtschaftskrise, die immer den Warenverkehr verringert, durch die immer stärker werdende Konkurrenz des Hafens Gdingen, wodurch die Schleppschiffahrt einen großen Teil ihrer Arbeit verlor und durch die sehr starke Konkurrenz der ausländischen, insbesondere auch der ostpreußischen Schiffahrt sich dauernd verschlechterte.

Die Schiffer selbst erlitten ihre eigene Lage noch dadurch, daß sie sich in den Preisen außerordentlich unterboten, so daß ihre Wirtschaftlichkeit nicht allein durch verringerter Aufträge, sondern auch durch sehr niedrige Preise zugrunde ging.

Die Schwierigkeiten, die sich durch die Konkurrenz der ostpreußischen Schiffahrt ergaben, wurden durch das Eingreifen der Handelsabteilung in Verhandlungen mit der ostpreußischen Schiffahrt zum größten Teil behoben. Für die Lommenschiffahrt wurde ein „Lommenschiffahrt-Betriebsverband“ mit dem Sitz in Tiegenhof gegründet, der für diesen besonders nockleidenden Zweig der Schiffahrt die Frachtverteilung regelte und vor allen Dingen auch dafür sorgte, daß die Lommenschiffahrt nicht durch eine mögliche Unterbrechung sich um jede Verdienstmöglichkeit brachte. Der Verband hat seinen Zweck nach dieser Richtung voll erfüllt. Bei der Danziger Binnenschiffahrt im besonderen ist die Gründung eines Betriebsverbandes auf Wunsch der Schiffer selbst unterblieben. Der Senat hat aber auch hier vermittelnd eingegriffen und durch die Gründung des Dampfervereins auf eine bessere Verteilung der Frachten und auf verbesserte Preise gewirkt. Soweit es die zur Verfügung stehenden Mittel der Handelsabteilung erlaubten, ist auch den Schiffahrtsgesellschaften finanzielle Hilfe zuteil geworden.

Es ist der weiteren Allgemeinheit nicht bekannt, daß der Senat ferner für die Förderung des seemannischen Nachwuchses wesentliche Mittel zur Verfügung stellt.

Die Danziger Seeschiffahrt hat sich von Jahr zu Jahr erweitert.

Die umfaßt, was vielen Danzigern gleichfalls nicht bekannt ist, 72 Seeschiffe mit einem Tonnengehalt von 250 000, die zu einem großen Teil in Arbeit sind und die wesentlich zur Verminderung

Der Reichspräsident auf der Berliner Landwirtschaftsausstellung



Unser Bild zeigt Reichspräsident von Hindenburg als Gast der jetzt eröffneten Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin; neben ihm sein Sohn, Oberst von Hindenburg.

Auch die Danziger Binnenschiffahrt wurde nicht vergessen

der Erwerbslosigkeit im Seemannsberuf in Danzig beigetragen haben und noch beitragen.

Für die Schiffer gilt daselbe, was für den gesamten Mittelstand gilt: Man kann ihre Lage durch organisatorische Maßnahmen und durch finanzielle Beihilfen nicht vollständig wenden.

Man kann unwirtschaftliche Betriebe auch nicht durch Gewährung von Darlehen in blühende umwandeln.

Eine wirkliche Hilfe ist nur durch eine Anerkennung der Wirtschaftskrise und durch eine Verstärkung des Danziger Hafenverkehrs im besonderen zu erzielen. Maßnahmen, die zum größten Teil außerhalb des Machtbereiches des Senats liegen.

Die Wünsche des Gaststättengewerbes wurden weitgehend berücksichtigt.

Die verschlechterte Weltwirtschaftslage und die Danziger Wirtschaftslage im besonderen mußten naturgemäß auch das Danziger Gaststättengewerbe in Bedrängnis bringen. Wie alle anderen Städte, wandte sich auch das Gaststättengewerbe und die verwandten Berufe mit eingehenden Eingaben an den Senat und bat um Hilfe.

Die finanziellen Rücksichten auf die Staatsfinanzen verboten es leider, allen berechtigten Wünschen nachzukommen.

Es konnten aber dem Gaststättengewerbe folgende Verbesserungen und Erleichterungen ihrer drückenden Lage gewährt werden:

Die Spritsteuer wurde von 8 G. auf 5 G. geentlast. Eine von der Handelsabteilung gewünschte weitere Entlastung leider von der Finanzabteilung, um den Ausgleich des Staatshaushalts nicht zu gefährden, nicht zugetan werden. Die Nachfolgesteuer wurde bis zum 1. April 1933 auf die Hälfte geentlast und ist am 1. April 1933 aufgehoben worden. Die seit langem gewünschte Änderung des § 33 der Gewerbeordnung wurde in engster Zusammenarbeit mit den Organisationen des Gastwirtsgewerbes durchgeführt und die Koncessionsperre eingeführt. Dagegen wurde die von den Gastwirten sehr stark befürchtete Übernahme des deutschen Gastwirtsgesetzes in Danzig fallen gelassen. Der Haushandel auf

dem Lande wurde durch eine sehr starke Kontrolle bekämpft und wesentlich eingeschränkt.

Als wichtigste Maßnahme für das Gaststättengewerbe möchte ich aber die Anstrengungen nennen, die der Senat in diesem Jahre zur Hebung des Fremdenverkehrs eingeleitet hat.

Es wurde eine besondere Verkehrszentrale in Berlin eingerichtet. Darauslich werden mehrere Sonderzüge aus dem Westen und aus Berlin eigens nach Danzig geleitet werden. In 250 deutschen Städten wurde eine besondere Litschaftskündigung durchgeführt. Ein neues Flugblatt "Groß-Danzig" wurde in 100 000 Exemplaren in deutscher,

schwedischer und englischer Sprache neu herausgegeben. Der Seetouristenverkehr wurde durch besondere Werbemaßnahmen in den verschiedenen Ländern nach Danzig geleitet. Die den Verkehr nach Danzig erlösenden Devisenbestimmungen wurden durch Eingreifen des Senats und des Magistrats Zoppot beseitigt und manches andere mehr.

Auch das Gaststättengewerbe muß sich dessen bewußt sein, daß nicht durch irgendwelche organisatorischen Aenderungen eine durchgreifende Hilfe für ihr Gewerbe erzielt werden kann, sondern nur durch Verbesserung der Wirtschaftslage und durch eine Hebung des Fremdenverkehrs, die die Umsätze im allgemeinen steigert.

Besprechungen und Experimente sind keine Hilfe für den notleidenden Mittelstand

Ich erweitere das, was ich für das Handwerk gesagt habe und sage: Wer die Not des Mittelstandes nicht sieht oder nicht ernst nimmt, ist blind in wirtschaftlichen Dingen. Wer in verantwortlicher Stellung nicht alles tut, um dem Mittelstand zu helfen, vernachläßigt seine Pflicht. Wer aber nicht ein sieht, daß die Lösung der Mittelstandsfragen eine der aller schwierigsten Aufgaben der Gegenwart ist, überall, besonders aber bei uns im Freistaat, der versteht nichts von Mittelstandsfragen.

Wer behauptet, daß er in der Lage sei, die schwere Lage des Mittelstandes schnell zu wenden und dem Mittelstand austrechende Verdienstmöglichkeit zu geben, treibt ein leichtfertiges Spiel mit dem Mittelstand.

Die Gründe, die zur Not des Mittelstandes führten, liegen tiefer, als daß man sie durch eine Handbewegung und durch Schlagworte beseitigen könnte. Sie liegt sehr tief begründet in der Weltwirtschaftskrise, in der Krise des Freistaates im besonderen, die wieder eine unmittelbare Folge ist der ungünstigen und unmöglichen Zusammenkopplung des Freistaates mit Polen.

Nirgends auf der Welt ist es so schwierig, die Wirtschaftsschwierigkeiten zu meistern, als im Freistaat Danzig, weil unsere Hände nicht frei sind, weil wir abhängig sind von Faktoren, auf die wir keinen oder nur geringen Einfluss haben.

Keine Regierung hat sich so stark eingesetzt für die wirtschaftlichen Rechte des Freistaates und keine hat bei der Durchführung des Rechtsstandpunktes beim Volksbund größere Erfolge gehabt, als wir.

Wenn diese rechtlichen Erfolge sich nicht in gleicher Weise günstig für das Wirtschaftsleben umgesetzt haben, so liegt das daran, daß im Volksleben leider Macht vor Recht geht und die Macht des Freistaates Danzig zu klein ist, um von sich aus allein sich durchzusetzen.

Welche Regierung oder welcher Senator möchte nicht gern jedem Berufstand durch eine besondere Hilfsmaßnahme helfen? Alle finanziellen Hilfsmaßnahmen finden aber ihr Ende an der unabdingbaren Notwendigkeit, den Staat und die Finanzen des Staates in Ordnung zu halten. Daran kommt keine Regierung vorbei. In einem zerstörten Staatswesen werden auch die letzten Spuren wirtschaftlichen Lebens vernichtet sein. Hilfsmaßnahmen für den einen Berufstand müssen in der Regel von einem anderen Berufstand bezahlt werden. Wenn ich dem Landwirt die Zölle und damit die Preise für seine Produkte erhöhe, so bezahlt es der Arbeiter und der Angestellte, der die Lebensmittel für seinen Unterhalt gebraucht. Wenn ich ihn durch Sicherungsverfahren schütze, so bekommt der Kaufmann, der Handwerker, der Hypothekengläubiger seine Rechnung nicht bezahlt. Wenn ich die Hypothekenlasten verringere, so kommt der Rentner, der die Hypothek vielleicht als seine letzte Einkommensquelle gegeben hat, in Not. Preise für industrielle Artikel und Löhne richten sich nach streng wirtschaftlichen Gesetzen, weil Erzeugungskosten und Absatzmöglichkeiten in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Um all das soll jeder denken, der über wirtschaftliche Dinge im Freistaat Danzig ein Urteil abgibt.

Die Regierungsarbeit im Freistaat Danzig besteht darin, und wird immer darin bestehen, durch eine Fülle von Kleinarbeit, durch vorsichtigen Ausgleich und durch geschicktes Manövriieren auf der einen Seite und durch unabdingtes und festes Vertreten der Rechte des Freistaates auf der anderen Seite die Dinge so günstig zu wenden, wie es im Rahmen der politischen Möglichkeiten des Freistaates durchsetzbar ist. Dazu gehört vor allem, daß alle Experimente vermieden werden. Ruhe und Besonnenheit ist im Freistaat Danzig besonders notwendig, noch zehnmal mehr als im Deutschen Reich.

Der Rundfunk soll nach dem Willen der Regierung nicht einzelnen politischen Parteien zur Verfügung stehen und nicht

aus jeglicher parteipolitischer Bindung zu lösen, um den Stahlhelm abseits jeder Parteipolitik und ohne persönliche parteipolitische Belastung führen zu können. In ihren Worten sehe ich die ausgesprochene Absicht, meine Person noch immer weiter mit Parteipolitik zu belasten, um mich besser bekämpfen zu können und dem Stahlhelm zu schaden.

Ihr Kampf gegen das Cliquentwesen stößt ins Leere. Herr Meyer bekämpfen Sie aus denselben Gründen, aus denen Sie mich bekämpfen — er will sich Ihrem Machtwillen nicht fügen — und mit denselben, bei mir allerdings nur gerüchtweise angewandten Mitteln — seine Einkünfte seien zu hoch. Ihre Zahlen darüber sind falsch, Herr Meyer mag sich selber dazu äußern. Ihr Urteil über die sächliche Betätigung dieser angeblichen Clique muß ich leider

als Annahme Ihrerseits

bezeichnen; Sie sind nicht in der Lage, sich ein Urteil über die Unsumme der geleisteten gewinnlosen und sachlichen Arbeit zu bilden. Selbstlosigkeit, Tüchtigkeit und Pflichttreue sind die Eigenschaften derjenigen Männer, von denen ich mich stets gerne beraten ließ. Über einzelne Grundsachen mögen verschiedene Meinungen bestehen, die selbstverständlich ausgetragen werden müssen; Sie haben aber nicht das moralische Recht dazu, Männer zu diffamieren, die seit vielen Jahren, als noch nicht der frische Auftrieb des Nationalismus, sondern die ständige Lust des marxistischen Parlamentarismus herrschte, ihr Können und Wollen in den Dienst der Allgemeinheit stellten.

Ich sage noch einmal: Ich fühle mich nicht schuldig, weil ich mit anderen, gleichgesinnten Männern freiwillig und gern meiste in der Stille für die Allgemeinheit arbeiten durfte.

Dass ich nichts Besseres leisten konnte, ist nicht meine Schuldt.

Das liegt bei Gott, der mich nicht vollkommenen geschaffen hat. Auf die weitere Fortsetzung des "Dessentlichen Briefwechsels" mit Ihnen werde ich mich nicht einlassen. Ich stehe Ihnen jedoch jederzeit zur mündlichen Aussprache zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Burandt.

Kultussenator Dr. Winderlich im Rundfunk:

Danzig als Hort deutscher Kultur

Im Rahmen des Möglichen sind vorbildliche kulturelle Leistungen geschaffen worden

Im Danziger Rundfunk hielt Senator Dr. Winderlich eine Rede über die deutsche Kulturschule und vor allen Welt mitalem Nachdruck und politisch in Danzig. Dr. Winderlich führte u. a. folgendes aus:

Als der jetzige Senat im Januar 1931 die Regierungsgeschäfte übernahm, stand im Vordergrunde neben den Sorgen um die Ordnung der Staatsfinanzen vor allem die Sorge um die Erhaltung der Selbstständigkeit des Danziger Staatswesens. Auch in kultureller Hinsicht waren damals düstere Wolken am Horizont heraufgezogen, die unmittelbar das Deutschum der Freien Stadt Danzig zu überschatten drohten und die die erneute Aufmerksamkeit des Senats erforderten. Gegen Ende des Jahres 1930 hatte der Diplomatische Vertreter der Republik Polen in Danzig dem hohen Kommissar des Volksbundes einen Antrag seiner Regierung auf Entscheidung gemäß Artikel 39 der Pariser Konvention überreicht. Neben Beschwerden über die angebliche Beeinträchtigung politischer Rechte auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig wurden unerhörte Forderungen gestellt, deren Erfüllung

die Befestigung der Selbstständigkeit der Freien Stadt Danzig

bedeutete hätte. Dem Senat war es klar, daß die Entscheidung über diese Anträge der polnischen Regierung zugleich eine Entscheidung über die Aufrechterhaltung des deutschen Charakters der Freien Stadt Danzig sein würde. Mit allem Nachdruck hat er daher in dem an die Anträge der Republik Polen sich anschließenden Note wechsel die der Freien Stadt aus den Verträgen aufzuhören Rechte verteidigt und nachgewiesen, daß die Klagen über eine angebliche Bevorzugung der polnischen Minderheit

sachlich ungerechtfertigt

waren, daß im Gegenteil die Freie Stadt Danzig in der Frage der Behandlung der polnischen Minderheit den Vergleich mit der Behandlung der deutschen Minderheit in der Republik Polen sicherlich in keinem einzigen Punkte zu schämen habe. Er hat bei dieser Gelegenheit den deutschen

fanden sich Alasjäger in der Nähe? Umlauerte den Vater Gefahr? Schneller und schneller hegte er vor, aufmerksam auf jede Bewegung, die durch das Auffliegen eines Vogels oder das Davontürmen eines Kaninchens veranlaßt wurde, und bedacht auf jeden Ton, der durch die Traumbefangenheit der Natur schwang.

Er entdeckte nichts Besonderes, keine Reglosigkeit kam ihm zu Gesicht. Nur lauter und deutlicher, nur mit zunehmender Schauerlichkeit — sah Grausamkeit — erscholl das unaushörliche Gefläch des Tieres.

Noch einer Muße ausgebogen, dann befand sich Kurt vor der Stelle, aus der das Vautgeben erscholl.

Der Hund brach durch das Gebüsch, sprang ihn an, winselte und wimmerte. Herzzerrend und den Argwohn zur äußersten Erkenntnis angeschlagen. Unheimliches mußte vorgegehen sein, es war gewiß. Der Dackel bewies es. Die Gefühlsäuerung, die aus seinem Wesen und Getue sprach, war Schmerz, war Klage, war Jammer.

"Du — kleiner Kerl", sagte der Förstersohn mit leidig, während er die Schlankheit eines schmächtigen Tieres auf seine Arme nahm, "hast du deinen Herrn verloren — ist er uns genommen worden — bestehen wir ihn nicht mehr."

Jedes Wort erhielt die Unheimlichkeit unerschöpflicher Pein. Welche Grausamkeit konnte harter Schlag, welches Unglück, welches Verbrechen breitere Wunden reißen? Kurt wußte: Dort — hinter dem Strauchwerk gemischter Büsche war ein Felsblock — mannshoch und ebenso lang. Bei ihm mußte sich der Vater befinden. Von feiger Hand erschlagen oder aus dem Hinterhalt erstickt.

Als der Eleve sich gefaßt hatte, gab er den Hund frei und folgte ihm. Was er verriet, traf zu. Mit dem Gesicht zum Boden gelehrt, lag der Förster

Förderung zuteilen werden lassen, und sich dabei zeitweise bewußt in Gegensatz zu den Maßnahmen des früheren preußischen Kultusministeriums gestellt. Mit Genugtuung kann ich feststellen, daß nach der höheren und mittleren Schule auch gerade die Danziger Volksschule in den letzten Jahren für den Gedanken des B.D.A. erobert

worden ist, denn über die Hälfte der jetzt bestehenden 30 Volksschulgruppen ist in dieser Zeit gegründet worden und ungefähr 1000 neue Mitglieder konnten dem Danziger Landesverband aus der Danziger Schuljugend neu einverlebt werden.

Als Teil der deutschen Volksgemeinschaft fühlte sich der Senat, als er am 10. Januar d. J. die Danziger Schuljugend sich zu erster Gedächtnisfeier auf dem Langen Markt versammeln ließ, damit sie des Tages gedachte, an dem ein bitteres Schicksal Danzig vom Deutschen Reich losgerissen hatte. Volksverbundenheit war auch das Zeichen, unter dem die alljährliche geistige Herbstschau der Deutschkundlichen Wochen abgehalten wurde. Heimatgebunden waren die niedersächsischen Dichter, die ihre Werke hier lasen, heimatisch klangen die Worte der Männer, die im heutigen Danzig die Stadt des Ostens wiederaufanden, in die ländliche Kaufleute einst niederdeutsches Recht und deutsche Sprache verpflanzten.

Für die kulturellen Einrichtungen Danzigs standen die letzten Jahre

unter dem Zeichen der strengen Sparmaßnahmen, die zur Aufrechterhaltung eines geordneten Staatswesens erforderlich waren. Trotzdem gelang es, wenn auch unter starker Einschränkung, diese Einrichtungen zu erhalten und befreit weiter zu entwickeln. Unsere staatlichen und städtischen Museen konnten eine Reihe von gehaltvollen Ausstellungen veranstalten; wissenschaftliche und Volksbüchereien sind weiter gefördert worden, lehrte namlich auch mit Rücksicht auf die geistigen Bedürfnisse der vielen Erwerbslosen. Obwohl der Zufluss außerordentlich stark gefügt werden mußte, konnte

unser Stadtheater als wirkliche Kulturstätte erhalten werden, und sogar neben Schauspiel und Operette wieder der Oper erhöhte Pflege angelebt lassen. Auf dem Gebiete des Schulwesens war die Zeit der großen Schulneubauten vorüber; auf die Erhaltung des bestehenden musste in der Hauptstadt unter Augenmerk gerichtet sein. Die Schülerzahlen stiegen, aber die Klassen- und Stellenzahlen konnten nicht erhöht werden, im Gegenteil, Heraufsetzung der Klassenfrequenzen, Heraufsetzung der Klassenstundenzahlen und Erhöhung der Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte waren nötig. Einschränkung der äußerer Formen von Bildungsstätten braucht aber noch nicht notwendig auch Einschränkung des Bildungswillens selbst zu bedeuten. Und wenn es gelungen ist, trotz dieser einschneidenden Sparmaßnahmen durchstraffere Zusammenfassung des Unterrichtes

jedes Absinken auf ein tieferes Niveau in unseren Danziger Schulen zu verhindern,

so möchte ich auch an dieser Stelle den Dank wiederholen, den ich kürzlich bei anderer Gelegenheit unseren Danziger Lehrer für alle Schulgattungen ausgesprochen habe. In ihrer überwiegenden Mehrheit haben sie sich als Volkszieher fühlen, die christlich, national und sozial als die Leitsterne der Schulziehung betrachten.

Zwei Aufgaben hat die Volksbildung vornehmlich: Nationale Wissensbildung und Erziehung zur Erforschung vor dem Heiligen und Ewigen. Es gilt für uns also, die Auswüchse des politischen Klassenkampfes von der Schule fernzuhalten und alle Lehrkräfte eindringlich davon zu mahnen, daß ihnen ihr verantwortungsvoller Beruf besondere Rücksichtnahme auferlege. Wohl schlugen die Wogen der politisch erregten Zeit auch in die Schulen hinein, wohl nahm die Schuljugend in begreiflichem Jubel über, wohl nahm die Lehrkräfte immer wieder darauf hingewiesen werden, durch fiktive erzieherische Maßnahmen

den Burgstieben innerhalb der Schulgemeinschaften zu sichern,

ohne den seine Schulerziehung geben kann. Bei allen die Volksziehung und Erziehung betreffenden Fragen war es die vornehmste Aufgabe des Senats, im Interesse der Volkgemeinschaft die Autorität zu stützen, ohne die die Erziehung der Jugend undurchsetzbar ist. Mit erster Sorge wurde das Hineinbeziehen der schulpflichtigen Jugend in die parteipolitischen Kämpfe des Tages verfolgt. Unsere Verfügung über ein enges Zusammenwirken von Elternschaft und Schule weist den Weg, daß nicht in politischen Strömungen, sondern in den Erziehungsaufgaben der einzelnen Klassen das die Eltern und die Lehrer verbindende Mittel zu sehen ist.

Darüber hinaus befand der Senat den ersten Willen, nur solche Erzieher an den Lehr- und Unterrichtsanstalten zu dulden, die sich dem Geist der Volkgemeinschaft willig unterordnen und die bereit und fähig sind, die ihnen anvertraute Jugend in wahrer Frömmigkeit, in deutschem Glauben und zu Opferbereitschaft für Volk und Vaterland zu erziehen. In mehreren Fällen wurde nicht vor disziplinären Maßnahmen und vor der Entfernung ungeeigneter Erzieher aus ihrem Amt

Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!) (16)

Nur einmal hörte sich das Jägerblut in ihm geweckt und ihn gewarnt. Da schrillte scharf und erschreckend ein Häheruf hundert Meter vor ihm auf, eine Drossel setzte den Alarmruf des Polizisten des Waldes fort, verschwante Bügel flatterten umher, irgend etwas mußte los sein, irgendeine Störung war vorgesessen — drüben — in der der Unwissenheit eines dichten Kiefernbestandes. Mehr unbewußt als mit Absicht vermeinte er, preßte den Leib in das üppige Gezweig einer Haselstaude und warnte ab. Kaum zwei Minuten später vernahm er das Gezänk zweier sich streitender Männer, die er einen Steinwurf tiefer austauschen und vorübergehen sah. Nur drei- oder viermal waren sie in den Rücken zwischen Bäumen sichtbar.

Sollte er rufen? Einem Schuß abgeben? Sich bewerken? Schon hatte er den Schutz seiner Büsche umklammert und die Sicherung gelöst. Aber — er zögerte und verharrte lange. Sein Herz hämmerte hörrbar, und sein Atem slog wie der eines gefangenen Wildes.

Mutter und Vorfesteiter dankten ihm später, daß er die Aufmerksamkeit der nächtlichen Spaziergänger nicht auf sich lenkte. Er selbst verfluchte sich, daß er wenigstens nicht einen von ihnen aufs Korn genommen und den Hahn abgedreht hatte.

Nach einer Pause des Nachdenkens über die seltsame und ungewöhnliche Erscheinung war er weitergehusst. Jetzt vorsichtiger und spähender, sah darauf

neben dem Stein. Kalt — bewegungslos — stumm. Der Hund setzte sich auf die Leiche und hantierte von neuem, und der Sohn hielt bis zum Morgen eine lange, bange Totenwacht.

Sonst liebte er den Wald, seine Tiefe, seine Unerschöpflichkeit, sein abwechslungsreiches Bild und seine Stimme, die manchmal war, wie das Singen eines Rieders Groß. Es gab nichts auf der Erde, was so in Heids Seele gebunden war, als die zauberische Schönheit der grünen Welt.

In dieser Nacht aber lernte er sie in ihrer Herrlichkeit kennen, in ihrem dunklen Gewand des Grauens, in ihrer gespensterhaften Dode und erschreckenden Furchterlichkeit. Die Bilder eines Daches, der vorüberstreifte, kamen ihm vor wie die Augen eines Höllengeistes, der Schrei eines Waldkauzes wie das Zischen nach ihm greifender dämonischer Unholde.

Man hatte die Mörder des Försters nicht entdeckt, trotzdem durch die Angaben des Sohnes, daß er zwei Männer im Walde gesehen habe, ein gemischt Stützpunkt für die Untersuchungen gegeben war. Es verriet sich niemand, und aus den Spuren, die am Boden entdeckt wurden, ließen sich keine Schlüsse ziehen.

Die Unauffindbarkeit der Täter und das ungelöste Geheimnis, das sich um ihr Werk wob, waren die Hauptveranlassung für Heid gewesen, sich nach "Wanderers Ruh" versezen zu lassen. Er wollte die Schleier, die sich um das Geheimnis woben, lüften, mochte das Geheimnis auch noch so lange zurücklegen. Manche Verdächtigungen hatte er gefaßt und wieder aufgegeben müssen, überall, wo er hingriff, und überall, wo er hinspäte, blieben die Nachprüfungen umsonst. Würde der Wald seine Verborgenheit über das schlechte Werk breiten und niemals gestalten, es aufzuläutern? (Fortsetzung folgt).

Die Grundsätze der Danziger Regierungspolitik

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Dazu kommen in unserem Staat die durch die zoll- und wirtschaftspolitische Verbundenheit mit Polen

für fast alle Wirtschaftszweige entstandene schwierige Lage und die auf eine Drosselung der Danziger Wirtschaft hinauslaufenden feindlichen wirtschaftlichen Maßnahmen der polnischen Regierung. Die Danziger Regierung, die immer ein loyales Verhalten gegenüber Polen bemüht hat, ist unermüdlich bemüht gewesen, durch friedliche Verhandlungen mit Polen und durch Anrufen der Organe des Völkerbundes die Schwierigkeiten zu beheben und zu mildern. Dass unserer Wirtschaft dabei nicht dauernd und in wesentlichem Umfang Hilfe gebracht werden kann, ist nicht Schuld der Regierung. Die Regierung hat aber durch innere Maßnahmen in den Grenzen der Möglichkeit, durch Entlastung der Wirtschaft von öffentlichen Abgaben und Lasten, durch Erstellen von Aufträgen, durch Beschaffung von Krediten, durch Beihilfen, durch Beschaffung neuer Ablaufmärkte und durch viele andere Mittel ihre Fürsorge der Wirtschaft angehen lassen.

Die Beschaffung von Arbeit ist das wichtigste Mittel zur Behebung der durch Polen aus besonderen Gründen schwer drückenden Arbeitslosigkeit.

Außer den eben erwähnten Maßnahmen hat die Regierung, soweit es die schwachen Mittel unseres Staates gestatten, es möglich gemacht, ein umfangreiches und weitreichendes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen und seine Durchführung zu sichern. Soweit den Erwerbslosen nicht Arbeit verschafft werden kann — und das ist leider in sehr großem Umfang der Fall — hat die Regierung es als ihre besondere Pflicht erachtet, das Los der bedauernswerten Opfer der Erwerbslosigkeit nach besten Kräften zu lindern. Es wird jeder einsehen, dass bei dem Absinken der Einnahmen des Staates infolge des wirtschaftlichen Niederganges und bei dem Ansteigen der Zahl der Erwerbslosen der Staat die Mittel nicht aufbringen kann, um allen Opfern einen ausreichenden Lebensunterhalt zu verschaffen. Das scheitert an der harten Tatsache, dass

kein Staat mehr ausgeben kann, als er Mittel zur Verfügung hat.

Die Regierung hat es aber möglich gemacht, die gewährten Unterstützungen in dem Rahmen und auf der Höhe zu halten, wie sie im Deutschen Reich gezahlt werden.

Auf dem Gebiete der Kultur hat die Regierung erhebliche Mittel zur Pflege und Erhaltung des kirchlichen Lebens und des segensreichen kirchlichen Wirkens aufgebracht.

Ebenso hat sie die Ausbildung der Jugend in dem vielgestalteten und reich verzweigten System unserer Schule und in unserer Danziger Hochschule Mittel in einem Umfang aufgewandt, die einen großen Prozentsatz unserer Gesamtausgaben bedeuten.

Kirchliches Wesen und Schulwesen, sowie alle anderen Gebiete kultureller Betätigung in unserem Danziger deutschen Staat in enger Anlehnung an die Entwicklung im Deutschen Reich zu halten, wird immer eine der wichtigsten Bedingungen für die Erhaltung des kulturellen und völkischen Zusammenhangs mit unserem deutschen Mutterlande sein, und hat die Regierung immer als ihre besondere, durch unsere gefährdete Lage gebotene dringliche Aufgabe zur Erhaltung unseres deutschen Volksstamms erachtet.

Für die Erhaltung unseres Staates wird die Erhaltung unseres Deutschstums erstes und oberstes politisches Ge- schäft jeder Regierung sein müssen.

Die Danziger deutsche Bevölkerung hängt in ihrer Gesamtheit mit heissen Herzen an ihrem Deutschen.

Die nationale Gesinnung hängt nicht von dem Partei- buch ab. Sie wird durch kein Parteibuch erworben. Kein Deutscher in Danzig wird jemals sein Deutschtum verleugnen oder gar ablegen, und doch ist unser Deutschtum gefährdet.

Woburch? Die Gefahr liegt darin, dass Polen seinen Macht- einfluss in Danzig zu erweitern sucht. Der polnische An- sturm auf unser Volk, auf die Danziger Soldaten- waltung ist von neuem entbrannt. Danzigs Recht auf seinen Hafen, das Recht der deutschen Beamten bei der polnischen Eisenbahn, Danzigs Wehrhaftigkeit, die seine Selbstständigkeit verbürgenden wirtschaftlichen und wirtschaftspoliti- schen Rechte sind immer wieder zu vertheidigen. Bei jedem Eingriff in diese Rechte bröckelt ein Stück von Danzigs Deutsch- tum ab. Das mag in Danzig jeder sich vorhalten, dem sonst

Einspruch der freien Gewerkschaften zurückgewiesen

Die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts voll bestätigt

Im großen Schwurgerichtssaale wurde um 11 Uhr das Urteil des Amtsgerichts im Streitfall "Befreiung des Gewerkschaftshauses durch die Nationalsozialisten" von Amtsgerichtsrat Schulz verlesen.

Die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts vom 12. Mai 1933 wird, soweit Einzelanträge von Antragstellern nicht zurückgezogen worden sind, in vollem Umfang bestätigt. Die Kosten des Verfahrens fallen den Antragsgegnern zu. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

In der Urteilsbegründung führte Amtsgerichtsrat Schulz folgendes aus: Die einstweilige Verfügung steht auf dem Boden des Rechtsgrundes und Arrestansprüche sind glaubhaft gemacht worden. Die vom Reichskommissar Schumann eingefezten Vertreter sind ausreichend legitimiert gewesen.

Die vom deutschen Reichskommissar am 10. Mai befohlene Einziehung des Kommissars Schumann sei im "Völkischen Beobachter" bekanntgegeben worden. Eine Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt sei nicht nötig gewesen, da diese Maßnahme auf Grund revolutionären Rechts (?) eines im Aufbau befindlichen Staates getroffen werden.

Die Befugnisse eines Kommissars endeten zwar an den Landesgrenzen; bei der Besetzung des Danziger Gewerkschaftshauses handle es sich um vermögensrechtlichen Anspruch auf Sicherstellung von Vermögenswerten. Solche Ansprüche könnten auch im Ausland geltend gemacht werden.

Wetterbericht

Gegeben vom Observatorium der Freien Stadt Danzig.
Wettervorherlage für heute nachmittag: Wechselnd bewölkt, Neigung zu Schauern, mögliche bis frische nördliche Winde, kühl.

Dienstag: Bewölkt, zeitweise aufklarend, stellenweise Regenschauer, mögliche bis frische nördliche Winde, kühl.

Mittwoch: Wolkig, teils aufklarend, mild.

vielleicht der Einblick in die Zusammenhänge der vielen Streitigkeiten mit Polen nicht möglich ist.

Hier liegen die schwierigsten und wichtigsten Aufgaben der Regierung. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe hilft kein Parteianalphabetus, da hilft nur Sachkunde, Erfahrung, unermüdliche Arbeit, Klugheit und Besonnenheit.

Die jegliche Regierung hat in jährem Kampfe die Rechte Danzigs nicht nur zu wahren verstanden, sondern auch wichtige und für die Zukunft wirksame Rechte, welche die Grundlage der Erhaltung des deutschen Charakters unseres Staates bilden, erfolgreich erstritten.

Die Staatsgewalt muss allen Bürgern Schutz gewähren. Die Beamten haben nicht einer Partei, sondern der Gesamtheit zu dienen. Sie müssen in der Ausübung ihres Amtes strengste Objektivität bewahren. Im Kampfe, auch im Parteikampf, mag Objektivität nicht zu erreichen, vielleicht auch nicht zu verlangen sein; in der Ausübung staatlicher Gewalt ist Objektivität die Voraus-

setzung einer dem Wohl des Staates dienenden Staatsführung. Diesen Grundsatz zu beachten, gerade heute und gerade in Danzig, ist eine besondere Pflicht der Regierung. „Jedem Gerechtigkeit“, „Jedem das Seine“, das waren die Maxime des großen Preußenkönigs, der in Potsdam ruht. Das ist wahrer Potsdamer Geist. Recht und Rechtspflege dürfen weder auf die Person noch auf den Stand, dürfen nicht auf politische oder religiöse Gesinnung sehen.

In die Justiz darf Politik keinen Eingang finden.

Recht und Rechtsprechung sollen gegen jede Willkür, auch gegen Willkür der Mächtiger, Schutz verleihen. Gerechtigkeit ist die Grundlage jedes Staates. Wir Danziger kennen diesen Grundsatz, der von unserm Altvorwerk auf unserm hohen Tor eingemeißelt wurde, damit er späteren Geschlechtern zur Richtschnur diene.

Das waren die Grundsätze der jetzigen Regierung, welche in schwieriger Zeit und unter schwierigsten Umständen in unserem Staat durch alle Gefahren sicher hindurchgeführt hat. Dies im Wahlkampf festzuhalten, erscheint mir notwendig. Es zu beachten und zu würdigen, erscheint mir das Gebot der Gerechtigkeit, die man auch der Regierung nicht verlegen soll. Möge auch die neue Regierung diese Richtlinie beachten. Sie wird sie beachten müssen, wenn anders sie unser Staat nicht zerstören will.

Es lebe das deutsche Danzig!

Pallottinerpater Rektor Weber

spricht morgen, Dienstag abends 8 Uhr, im großen Saale des St. Josephshauses über das hochaktuelle Thema:

Katholisch und national!

Außerdem sprechen Senator Rechtsanwalt Kurowski über Fragen der Danziger Politik und Reichstagsabgeordneter Teschner (Ostpreußen) über deutsche Fragen.

Wähler und Wählerinnen,

Insbesondere aus der Pfarrgemeinde Kgl. Kapelle, erscheint vollzählig zu dieser bedeutenden Kundgebung.

Dr. Piercinelli-Kleiser hinwies, sehe im ganzen Saale Lebhafte Handklatzen ein. Überall, so führte Jungführer Derowski aus, hört man in diesen Tagen von überfüllten Versammlungen der Zentrumspartei, überall schreien sich auch die Massen unserer Jungen und Lichen um ihre bewährten Führer, um in diesem Kampfe mit einzutreten für den Sieg der alten Zentrumspartei; für Wahrheit, Freiheit und Recht! Mit Stolz sei es gesagt, dass nur einige wenige der Zentrumspartei den Rücken gekehrt haben; sie sind schon morsche Reste gewesen, nach deren Abschaffung nur um schöner und kräftiger erscheint. Um derartige Konkurrenztritte bereit zu stellen wir in dieser Partei. Mit aller Deutlichkeit stellen wir in der Deutlichkeit fest:

in die ca. 9.000 Jugendliche zählenden katholischen Standesvereine des Freistaates haben die Nationalsozialisten nicht einzudringen vermocht (Brandenburg West). Die junge Front Brünings ist zu einer festen Einheit geschmiedet, an deren Wall sich der Ansturm der Gegner brechen wird. Wir junge Zentrumspartei fordern, dass die Führung der politischen Geschichte unserer lieben Danziger Heimat immer Männer anvertraut werde, die ihre deutliche Gesinnung bekleben und die fachlichen Voraussetzungen für ihr Amt erfüllen.

Leute, die unseren Freistaat in polnische Hände spielen wollen, lehnen wir ab. (Erneuter stürmischer Beifall).

Wir reichen jedem die Hand, der sich uns anschließen will, um mitzukämpfen am Bau einer glücklicher Zukunft. Wenn man jedoch von uns eine slawische "Gleichschaltung" nach bestimmtem Muster oder eine Gesinnungsunterdrückung fordert, dann wird man uns zur Abwehr bereitfinden. Der Redner schloss mit einem begeistert aufgenommenen Bebenntnis für Wahrheit, Freiheit und Recht und für ein freies deutsches Danzig.

Gleichsam als Antwort auf den Appell des Bundesführers sprach der Windthorsbündler. Er wünschte einen Prolog, der in mahnenden Worten für ein unentwegtes Verhalten an den alten sturmbewährten Zentrumspartei eintritt. Es folgt ein gut eingeklebter Sprechchor, der mit den Wörtern schließt: Rüst uns die Zeit — wir sind bereit!

Im Mittelpunkt der Kundgebung stand der Vortrag eines ostdeutschen Jungführers. Er sprach über die Fortbewegung der jungen Zentrumspartei an die Neuformung des deutschen Staates. In einer Reihe sehr eindrucksvoller Formulierungen machte der junge Redner die politische Situation der Gegenwart deutlich und setzte sich dann mit manchen Feindseligkeiten auseinander. Der Staat von Weimar ist gewiss nur ein Notbau; die Hoffnung, ihn zu einem wahren Volksstaat gestalten zu können, habe sich nicht erfüllt. Als der Redner in weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf die Persönlichkeit und

das staatsmännische Wirken Brünings zu sprechen kam, da setzte im ganzen Saale ein nicht enden wollender Beifallssturm ein, der mehr als alle Worte bewies, wie tief das Verständnis für die hervorragenden menschlichen und politischen Qualitäten dieses wahrhaft nationalen Führers im Bewusstsein unserer Jungen verankert ist.

Im Anschluss an die Schlussausführungen des Redners ergriff nach einigen Dankesworten des Landesführers Derowski noch einmal Dr. Stachnius das Wort zu einer markigen Schlussansprache, aus der die frohe Siesgesicherung der Parteileitung über den Aufgang des kommenden Wahlkampfes herauslängt. Große Freude kostete die Bekanntgabe eines Begrüßungstelegramms des Führers des ostdeutschen Windthorsbundes aus, die gestern zu einer Tagung in Ostpreußen versammelt waren. Das gemeinsam gefeuigte Deutschkundtlied bildete den Schlussakkord der gewölbigen Kundgebung.

Zentrum-Propaganda in den Straßen.

Die Schaufronten der früheren Firma Arthur Lange am Elisabethwall sind seit Sonnabend zu Werbeszenen der Zentrumspartei eingerichtet worden, deren Dekoration sich sehr wirkungsvoll dem Auge darbietet. Seit heute leben an den Litschhäuschen Aufzüge der Zentrumspartei.

Die „Gäste in den „Meistersingern“

Neues Engagementstagspiel.

Dienstag werden zum letzten Male die beiden Opern "Cavalleria rusticana" und "Der Bajazzo" gegeben. In letzterer gastiert Willi Heckler, Görlich, in der Partie des "Canio" auf Aufführung. Es wird ferner besonders auf die beiden "Aufführungen" von Richard Wagner's "Die Meistersinger von Nürnberg" am 29. und 31. Mai hingewiesen. In der ersten Aufführung singt Walter Großmann von der Staatsoper in Berlin, in der zweiten Max Roth vom Landestheater in Stuttgart die Partie des "Hans Sachs". Außer diesen beiden Künstlern singen an beiden Abenden als Gäste: Rosalind von Schierack (wie heißt doch der gewichtige Führer der Hitlerjugend? Baldur von Schirach?) das Erschen, Willi Störring (Staatsoper Berlin) und Walter Stolzing und Karl Lauffötter (Staatsoper Berlin) den David. Befestigungen für diese Aufführungen, zu denen die Preise 6 Gulden haben, werden schon jetzt von den Kassen entgegengenommen.

Sponsorenleiter: Franz Steffen (Tel.: 248 97). Sponsorenwörter: für Kulturstoffe: Politik und Künste: Franz Steffen (Tel.: 248 97). für Wissenschaft: Sandel. Theater: Polen. Nachbarschaft: Vermögenswerte: Dr. Leo Herzl. für Opfer: Kreisstaat-Nachrichten und Sport: Bruno Ulrich. für Anzeigen und Geschäftsbüro: Bruno Ulrich. Sämtlich in Danzig. Herausgeber: Weltkreisföderer Verlag. Direktor E. Killian für Verlag und Direktor (Vorstand) in Danzig. Am Ende 2.

So wird am 28. Mai gewählt

Bei der diesjährigen Volkstagswahl gibt es erstmals auch bei uns den amtlichen Stimmzettel. Bisher wurden die Stimmzettel von den Parteien ausgegeben, für jede Partei gab es einen eigenen Stimmzettel. Heute gibt es nur den amtlichen Stimmzettel, der jedem Wähler im Wahllokal mit dem bekannten Briefumschlag ausgetragen wird. Auf diesem Wahlzettel sind alle Parteien verzeichnet, und zwar mit ihrem Namen und mit den ersten vier Kandidaten. Rechts neben den Namen der Parteien befindet sich ein Kreis. Der Wähler hat nun diesen Partei anzustreichen, die er wählen will, d. h. er macht in den neben der Partei stehenden Kreis ein X.

Unsere Partei ist die Zentrumspartei. Sie trägt die Nr. 4

Also macht jeder Wähler in den neben der 4 stehenden Kreis ein Kreuz. Werden mehrere Parteien angestrichen, so ist der Wahlzettel ungültig.

Wir geben nachstehend ein Muster des Stimmzettels in verkleinertem Maßstab wieder, und zwar so, wie der Wahlzettel aussieht, wenn ihn der Wähler erhält, und so, wie er aussehen muss, wenn er ihn in den Wahlumschlag legt.

Bor der Wahl

So wird der Stimmzettel beim Eintritt in das Wahllokal ausgehändigt.

So mußt Du den Wahlzettel in den Umschlag stecken

Das Kreuz neben der 4 mußt Du machen, das darfst Du nicht vergessen!

Volkstagswahl 1933

1	National. Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbew.)	Dr. Rausching — Greiser — v. Wnuc — Thimm	1
2	Sozialdemokrat	Gehl — Brill — Malickowski — Krupple	2
3	Liste der Kommunisten	Plenikowski — Langenau — Serocki — Togli	3
4	Zentrum	Sawakli — Klein — Potrykus — Weiß	4
5	Kampffront Schwarz-Weiß-Not (Ontl.)	Dr. Siehm — Weiß — Bertling — Kindel	5
6	Deutsch-Danziger Hausbesitzerpartei	Dr. Blavier, Drenker sen., Hoppenrath, Wolschon	6
7	Jung. Bewegung (Deutsche Volksgem.)	Karsten — Wenz — Drażkowska — Bendrin	7
8	Polen	Czarnedi, Komorowski, Mielnicki, Mazurkowski	8
9	Dr. Moczyński	Dr. Moczyński, Kunz, Bresinski, Budzynski	9

Volkstagswahl 1933

1	National. Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbew.)	Dr. Rausching — Greiser — v. Wnuc — Thimm	1
2	Sozialdemokrat	Gehl — Brill — Malickowski — Krupple	2
3	Liste der Kommunisten	Plenikowski — Langenau — Serocki — Togli	3
4	Zentrum	Sawakli — Klein — Potrykus — Weiß	4
5	Kampffront Schwarz-Weiß-Not (Ontl.)	Dr. Siehm — Weiß — Bertling — Kindel	5
6	Deutsch-Danziger Hausbesitzerpart		

„Das wird Kanzler Brüning sein“

Gerekes Rennbahngespräche vor dem Gericht.

Berlin, 20. Mai. In dem Prozeß gegen den früheren Reichskommissar Dr. Gereke wurde heute der Hauptzeugzeuge, der 47 Jahre alte Ministerialrat z. D. Dr. Karl Schellen vernommen, durch dessen Aussagen das Verfahren gegen Dr. Gereke ins Rollen gebracht wurde. Der Zeuge schildert, wie er im Jahre 1928 nach vorheriger Tätigkeit als preußischer Gesandter in München und als Geschäftsträger in Dresden als Sachbearbeiter in den Verbund der preußischen Landgemeinden unter Leitung Dr. Gerekes eintrat und fährt dann fort:

„Ich habe festgestellt — und es fällt mir sehr schwer es auszudrücken — daß es Dr. Gereke häufig mit der Wahrheit nicht genau genommen hat.“

Ich kann dafür Beispiele geben. Einmal zum Beispiel fand im Innern des Vorstandes im Mainzer Hof in Mainz eine Sitzung statt. Plötzlich kam der Kellner und rief Dr. Gereke ans Telefon. Mit den Worten: „Das wird der Reichskanzler Dr. Brüning sein!“ verließ Gereke das Zimmer. Die Folge war, daß wir uns über den großen politischen Einfluß unterhielten, den Gereke hatte, daß ihn sogar der amtierende Reichskanzler tele-

phonisch von Berlin aus in Mainz anrief. Gereke kam zurück und sagte, der Kanzler habe ihn um eine politische Besprechung gebeten. Er müsse noch heute abend nach Berlin und könne an unserer Abendunterhaltung nicht teilnehmen. Nach Berlin zurückgekehrt, stellte ich durch einen Zufall fest, daß der telefonische Anruf nach Mainz

gar nicht vom Reichskanzler Brüning gekommen war, sondern von dem Angestellten *F. e i g o n g*, der Gereke telefonisch eine Mitteilung über — ein Rumpfspiel gemacht hatte.

Gereke redete häufig davon, er müßte zu wichtigen Besprechungen fahren. In Wirklichkeit besuchte er dann die *R e n n b a h n e n*. Aber das alles, so erklärte der Zeuge nachdrücklich, habe ich nicht tragisch genommen. Ich habe mich darüber amüsiert und es für eine menschliche Schwäche gehalten. Heute aber, wo ich erleme, daß wir alle von Gereke belogen worden sind, sehe ich die Sache ganz anders an. Allerdings muß ich eins sagen: Ich lasse nichts auf Gereke als Leiter unseres Verbandes kommen, denn da war er glänzend.

Katholisch und deutsch!

KR. Mainz, 20. Mai. Gelegentlich der 3. Sankt Rupertus-Dungmännerfahrt auf dem Hochsberg bei Bingen hielt Abt Adalbert von Neiperg (O.S.B. Stift Neuburg bei Heidelberg) am letzten Sonntag die Festpredigt, die unter dem Leitgedanken stand „Katholisch und deutsch!“ Aus den gesdanktiensten Ausführungen des bekannten Kanzelredners und Jugendführers geben wir nachstehend einige besonders prägnante Sätze wieder:

Wir sind deutsch! Deutsch bis ins Tiefe und Lebte unserer Seele hinein. Ich brauche es nicht besonders zu sagen, daß wir deutsch sind, das haben die Jahrhunderte bewiesen, das hat der Krieg bewiesen. Dieses Deutschland ist uns nicht etwa eine zufällige Angelegenheit, nicht etwa, daß wir uns heute etwa anders einstellen müßten. Wir stehen im Boden unseres Vaterlandes mit den tiefsten Wurzeln unseres Seins, wissen, daß wir daraus unsern leisten, tiefsten Schaffen Nahrung ziehen können. Es ist uns nicht etwa ein frohes Belenktnis, sondern es liegt wie eine heilige Verantwortung auf uns.

Wenn wir Christus die Treue gelobt haben, dann geloben wir auch dem Vaterlande Treue mit dem Bewußtsein der großen heiligen Verantwortung, die gerade in dieser Zeit deutschen Neuauftaues auf den jungen Menschen lastet. An unserer Jugend ist es, das schöne, bessere Morgen aus den Trümmern des Gestern aufzubauen zu helfen. Wir wissen, daß

wir gerade als katholischer Volksteil ganz große heilige Güter einzuziehen haben im Aufbau des Volkes. Wir besitzen Kräfte und Kulturgüter, die unser deutsches Volk nicht entbehren kann, weil in ihnen Grundlagen deutsche Art und deutsches Volkstum liegen. Wir befennen, daß wir auch anerkennen die jetzt bestehende, von Gott uns gelehrte Regierung, daß bereit sind, wie unsere Führer mit allen zu arbeiten und mit ihr aufzubauen als katholische Menschen, damit die großen heiligen Kulturgüter nicht verloren gehen. Deutsch und katholisch stehen nicht nebeneinander oder gar gegen einander.

Wir danken dem gegenwärtigen Führer unseres Volkes, wenn er in der großen Stunde eins gefragt hat, daß er auch die katholische Kirche begrüßt zur Mitarbeit. Der deutsche Rhein ist auch der katholische Rhein. Das sind seine Geschichten, seine Kultur und seine Dinge. Schaut die Kirchen, schaut die alte Kultur, auf welchem Boden sind sie erstanden? Sind sie nicht auf dem Boden katholischen Deutschtums emporgeschritten? Die Kirche, die alte Kultur auf dem deutschen Boden des hl. Bonifatius geschaffen hat, die deutsches Wollen mit katholischer Seele geprägt hat zu einer Einheit, die dem Mittelalter seine gewaltigen Kräfte gab.

Am Sonntag, den 21. Mai, abends entschlief sanft und plötzlich mein innigster geliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Dr. med. Paul Möller

im 63. Lebensjahr.

Danzig, den 22. Mai 1933

In tiefer Trauer

Margarete Möller geb. Woythaler
Elsa Bloch geb. Möller
Dr. Werner Bloch

Die Einäscherung findet am Freitag, den 26. d. Mts., um 1 Uhr im Krematorium statt.

Beileidsbesuche dankend verbeten.

Am 20. d. Mts. starb unser Kollege der Schneidermeister

Eduard Moeller

im fast vollendeten 60. Lebensjahr. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Freie Schneider-Innung Danzig

Wilhelm Gerhardt,

Obermeister.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Mai, 4 Uhr nachmittags, auf dem Brentauer Friedhof statt.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes sage ich Allen meinen innigsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen
Maria Palm
geb. Staniszewski.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben kleinen

Clemens

sagen wir hiermit allen unsern innigsten Dank.

Oberlehrer Anton Pohl
und Familie.

Danzig, d. 22. Mai 1933.

Großes Reit- und Springturnier
am Himmelfahrtstage, 25. Mai,
14.30 Uhr, Rennplatz Zoppot
Eignungs- und Dressurprüfungen
Jagdspringen und Rennen
Gr. Quadrille der Schutzpolizei
Geschicklichkeitsprüfung Automobil — Pferd
Totalisator. Konzert der Kapelle d. Schutzpolizei. Ermäß. Eintrittspreise! Vorverkauf
besonders günstig! Neu: 1. Platz-Tribüne
1.—6. Stehplatz 0.50 G.
Danziger Reiterverein.

Dacharbeiten
führt billigst aus
Ernst Wilm Danzig, Bischofsberg 33
Telephon 248 0

Verkäufe
Eine Wohnlaube
zu verkaufen.
Gr. Waldorf,
Lanzenholz
Abendrieden 45.

Zentrumsbzgl. Kapelle
Große Kundgebung
am Dienstag, den 23. Mai, abends 8 Uhr
im großen Saale des St. Josephshauses, Töpfergasse.
Es spricht: Herr Pater Keltor Weber von den Pallottinern
über das Thema
„Katholisch und national“.
Außerdem spricht: Herr Senator Kurkowski.
Es wird mit dem Windhorstbund mit seinen Bannern und seinem
Sprecher.
Ab 7.30 Uhr Konzert der Kapelle des Gesellenvereins.
Es geht alle!
Der Vorstand.

Verkäufe
Gr. Schiff
selbstgefert. Spielzeug, mit elekt. Antrieb, für
Glo. 12.— zu verkaufen.
Angeb. unter Nr. 2111
an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Wir geben hierdurch bekannt, daß in unseren Verkaufsgeschäften

sämtliche Rabatte u. Zugaben

für die Zeit nach dem 20. Mai 1933 auf

— 2 Prozent —

festgesetzt sind.

Kaiser's Kaffeegeschäft G. m. b. H.

Wilhelm Machwitz, I. Danziger Konsumgeschäft

Wilhelm Ebner

Rabatt-Sparverein e. V.

Verein der Kolonialwarenhändler

Edeka - Ladengemeinschaft

Beamte! Lehrer! Behördenangestellte!

Heute 19 Uhr

Pfeilersaal des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses

Zentrumsversammlung!

Zentrumsfrauen u. Mädchen!

Heute 6 Uhr nachmittags

Kundgebung

im Werftspeisehaus, Wallgasse.

Geldmarkt

Wer borgt Hausbesitzer und Geschäftsinhaber, kurzfristig
500 — 1000 Old.
zu 8 Prozent.
Offeraten unter Nr. 2116
an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

500 — 600 Gulden

von höh. Beamten gegen
gute Jinnen u. Sicherheit
mit monatl. Rückz. gel.
Angeb. unter Nr. 2112
an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

300 Gulden

von ob. Beamten gegen
gute Jinnen u. Sicherheit
gel. gebraucht.
Angeb. unter Nr. 2113
an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Zu vermieten

2 Bettgestelle, Rückz.
à 20 Gulden, Bettlite.
10 Gulden, Waschtisch.
12 Gulden, Nachtisch,
8 Gulden, gr. Spiegel,
schiffchen, 22 Gulden.
Johanniskirche 62, 1

Otto, Friedensstraße 20.

Schirme

Reparaturen
und Bezüge
billig und gut

Karau

Danzig, Langgasse 55

Lang. Hauptstr. 120

Brendt Mausgasse 6.

Möbel

Stuhnen billig, eleg.
Speise- u. Schlafzimm.
400—700 Old., Rückz. 0.
85 Old. an Antleide-
hocken u. 95 Old. an
Tapezierwerkstätte.
Otto, Friedensstraße 20.

Möbelhaus

Vorst. Graben 52

Danziger Stadttheater

Intendant: Hanns Donath

Montag, 22. Mai, 19 1/2 Uhr: Preise 3.

Dauerkarten Serie I. Zum 5. Male.

Schlageter

Schauspiel in 4 Akten von Hanns Johst.

Dienstag, 23. Mai, 19 1/2 Uhr: Preise 2. Zum
letzten Male *Cavalleria rusticana*.
Hierauf *Der Bejazzo*.

Mittwoch, 24. Mai, 19 1/2 Uhr: Vorstellung für
die NSDAP. (Schlageter).

19 1/2 Uhr: Vorstellung für den Büchne-
volksbund. (Schlageter).

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1
62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance
and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**